



## Rudolf Hilferding (1877–1941)

### Ein „marxistischer Revolutionär“ auf dem Weg zum Reformismus?

Zu 100 Jahre „Finanzkapital“ (1910)

PETER GOLLER

#### Hilferding ein Reformist von Anfang an?

1927 hat Rudolf Hilferding auf dem Kieler Parteitag der SPD mit scharfer Orientierung gegen den linken Parteiflügel das Idyll eines „organisierten Kapitalismus“, der friedlich in den Sozialismus hineinwächst, die Koalition mit den bürgerlichen Parteien, die rein parlamentarische Taktik, eine neutrale Staatsauffassung gezeichnet.<sup>1</sup>

Mit „Hilfe der bewussten gesellschaftlichen Regelung“ soll „diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft“ umgewandelt werden. Die Rede von „bürgerlicher“ und „formaler“ Demokratie erklärte Hilferding für erledigt, es gehe um „die Demokratie“ schlechthin. Es sei „historisch falsch und irreführend“, „von ‚bürgerlicher Demokratie‘ zu reden. Die Demokratie ist unsere [proletarische] Sache gewesen. Wir haben sie dem Bürgerum in zähem Kampf abringen müssen.“

Mit seiner Polemik gegen alle „Gewalttheorie“, mit seiner Warnung vor „verlustreichen Bürgerkriegen“ hat der seit 1920 offen reformistische Hilferding 1927 der sozialistischen Revolution abgeschworen, sie in das putschistische Licht gerückt. Kulturell-erzieherische, kommunal- und genossenschaftssozialistische, sowie betriebs- und wirtschaftsdemokratische Mittel sollen den Weg in den Sozialismus ebnen.<sup>2</sup>

Für viele Hilferding-Interpreten ist der reformistische Hilferding des Jahres 1927 schon im „Finanzkapital“ von 1910 vorgeprägt. Dort finden sich schon die Ansätze von einem Kapitalismus der gemilderten Krisen, vom Staat als dem die gesellschaftlichen Widersprüche vermittelnden bewussten Organ, von der ruhig langsamen Sozialisierung der sprichwörtlichen sechs Berliner Großbanken.

Lenin erkannte Hilferdings „Finanzkapital“ 1916/17 im „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ neben J.A. Hobsons „Imperialismus“ als zentrale Ausgangsquelle an:<sup>3</sup> „Im Jahre 1910 erschien in Wien das Werk des österreichischen Marxisten Rudolf Hilferding ‚Das Finanzkapital‘ (russische Übersetzung Moskau 1912). Obwohl der Autor in der Geldtheorie irrt und eine gewisse Neigung zeigt, den Marxismus mit dem Opportunismus zu versöhnen, ist dieses Werk eine höchst wertvolle theoretische ‚Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus‘, wie der Untertitel des Hilferdingschen Buches lautet.“

Erst im mit 6. Juli 1920 datierten neuen Vorwort ist Hilferding der „ehemalige ‚Marxist‘“. Erst jetzt gilt er eindeutig als „einer der Hauptrepräsentanten der bürgerlichen reformistischen Politik in der ‚Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Lenin übernahm 1916 noch Hilferdings Thesen von der äußersten kapitalistischen „Vergesellschaftung“ (die Fiktion eines „Generalkartells“) bei gleichzeitig extremer Verschärfung der imperialistischen Widersprüche, was Hilferding eben zunehmend in eine reformistische Ideologie übersetzen sollte: „In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet. Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung jedoch bleibt privat. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel bleiben Privateigentum einer kleinen Anzahl von Personen. Der allgemeine Rahmen der formal anerkannten freien Konkurrenz bleibt bestehen, und der Druck der wenigen Monopolinhaber auf die übrige Bevölkerung wird hundert-

fach schwerer, fühlbarer, unerträglicher.“ Noch hatte Hilferding also den Ruf, im Jahr 1910 den „revolutionären Marxismus“ weiterentwickelt zu haben, nicht vollends verloren.

Ja, Lenin attackierte 1916 noch mit Hilferdings „Finanzkapital“ Kautskys harmonisierenden „Ultraimperialismus“: Mit Recht hat Hilferding 1910 erklärt, dass das Proletariat nicht mittels illusionärer Freihandelsparolen auf die Herrschaft monopolistischer Finanzoligarchien antworten kann, sondern nur mit der Parole des Sozialismus. Mit Recht hat Hilferding auf den verschärften sozial- und nationalrevolutionären Widerstand nicht nur in den imperialistisch ausgebeuteten Kolonien, sondern auch in den kapitalistischen Metropolen hingewiesen.

Hinter der Rede vom „organisierten Kapitalismus“ sah Lenin aber schon 1916 die Verklärung des Imperialismus „durch seine Apologeten vom Schlage eines Schulze-Gaevernitz, Liefmann und ähnlicher ‚Theoretiker‘“, auch wenn er den Namen Hilferding damit noch nicht unmittelbar verband.

Lenin, für den vor allem das 22. Kapitel des „Finanzkapital“ über den „Kapitalexport und den Kampf um das Wirtschaftsgebiet“ wichtig war, warf Hilferding insbesondere vor, eine unvollständige Definition des „Finanzkapital“ vorgelegt, die monopolistische Konzentration vernachlässigt zu haben, die parasitären Tendenzen im Kapitalismus mit der einhergehenden Korrumpierung eines Teils der Arbeiterklasse und der daraus folgenden arbeitertokratistisch opportunistischen Entwicklung von maßgeblichen Gruppen der II. Internationale ignoriert zu haben.<sup>4</sup>

In begleitenden Exzerptheften zum Imperialismus fasste Lenin aber die von Anfang an in Richtung Reformismus weisenden Ansätze bei Hilferding, dem er eine gewisse frühe Nähe zur Wissenschaftsauffassung von Kant und Ernst Mach unterstellte, zusammen: „Mängel



W. I. Lenin (1870–1924)

Hilferdings: 1) Theoretischer Fehler in bezug auf das Geld. 2) Ignoriert (fast) die Aufteilung der Welt. 3) Ignoriert den Zusammenhang zwischen Finanzkapital und Parasitismus. 4) Ignoriert den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus.<sup>45</sup>

Im „linken Radikalismus“ zählte Lenin im Juni 1920 Hilferding mit Kautsky, Crispian, Ledebour zum opportunistischen USP-Flügel. Hilferding wird in eine Reihe mit Otto Bauer in Österreich, mit Turati in Italien, Longuet in Frankreich oder MacDonald in England gestellt.<sup>6</sup>

Trotz des pathetischen Schlussakkords im „Finanzkapital“, wonach die Diktatur der Kapitalmagnaten in jene des Proletariats umschlagen wird, galt Rudolf Hilferding einem **Leo Trotzki** als ein „zentristischer Marxist“ ohne jeden revolutionären Willen, ohne revolutionäre Energie und Initiative von Anfang an, so zumindest rückblickend im Urteil von 1920: Rudolf Hilferding „trat in die deutsche Sozialdemokratie fast als Rebell ein. Aber als Rebell österreichischen Schlages, d.h. stets bereit, ohne Kampf zu kapitulieren. (...) Seine geistige Energie setzte er auf dem rein theoretischen Gebiete um, wo er freilich kein großes Wort gesprochen hat – kein einziger Austromarxist hat auf irgendeinem Gebiet ein großes Wort gesprochen –, wo er aber nichtsdestoweniger ein ernstes Buch schrieb. Mit diesem Buche auf dem Rücken, wie ein Gepäckträger mit schwerer Last, trat er in die revolutionäre Epoche ein.

Aber auch das gelehrteste Buch kann den Mangel an Willen, Initiative, revolutionärem Instinkt, politischer Entschlossenheit, ohne die eine Aktion unmöglich ist, nicht ersetzen.“ Als simpler

„Empiriker“ besteht „die Hauptaufgabe des heutigen Tages“ für Hilferding darin, „nicht aus dem Gleis zu geraten, das ihm vom gestrigen Tage vermacht worden ist, und für diesen Konservativismus und diese spießbürgerliche Morschheit eine gelehrt-wissenschaftliche Rechtfertigung zu finden.“<sup>47</sup>

In der Tat hat Rudolf Hilferding schon bei seinem Eintritt in die Arbeiterbewegung nach 1900 zwar den politischen Massenstreik begrüßt, ihn aber nur als „ultima ratio“, als – wie Rosa Luxemburg einmal gespottet hat – bloße defensive „Vorratskanone“ akzeptiert.

Im Streit um die radikale Parteilinke folgte Hilferding schon nach 1910 der Politik des „zentristischen Sumpfs“, der „Ermattungstaktik“ und der „Cunctatorstrategie“ eines Karl Kautsky, dem so genannten Offiziösentum eines „marxistischen Zentrums“. Eine radikale Parteilinke hielt Hilferding 1912 nicht einmal für marxistisch denkbar, so 1912 in einem Kommentar zum Chemnitzer Parteitag.<sup>8</sup>

1914 Gegner der sozialdemokratischen „Burgfriedenspolitik“ folgte er in etwa der Linie der Zimmerwalder Rechten, der sozialpazifistischen Beendigung des Krieges und einer mehr innerlich geistigen Wahrung internationalistischer Klassenkampfprinzipien, ehe Hilferding 1918 als Redakteur der USPD-Zeitschrift *Freiheit!* das illusionäre Scheinmodell „bürgerliche Nationalversammlung plus Arbeiterräte“ und ein sehr zögerliches Sozialisierungsmodell propagierte. Nach der USPD-Spaltung 1920 offen zur reformistischen Sozialdemokratie zurückgekehrt, lehnte er jede weitere Kooperation mit der KPD ab.

Die Kritik am parteirechten zweimaligen Finanzminister der Weimarer Republik Hilferding war eine zahlreiche, er galt u.v.a.m. nicht nur dem kommunistischen Nationalökonom Eugen Varga oder dem zur Sozialdemokratie zurückgekehrten Paul Levi seit Mitte der 1920er Jahre als ein nunmehriger Cheftheoretiker der opportunistischen SPD. Selbst ein ehemaliger austromarxistischer Parteigenosse wie Max Adler warf Hilferding nach 1927 vor, die marxistische Staatstheorie aufgegeben und auf ein bürgerliches Demokratiemodell umgeschwenkt zu sein. Ein republikanischer Antifaschist wie Carl von Ossietzky sprach wegen Hilferdings Einsatz für die „Tolerierungspolitik“ gegenüber den rechtsautoritären Präsidialregierungen nach 1930 abwertend davon, dass Hilferding „in einem frühern Leben einmal ein Leuchte der marxistischen Theorie gewesen“ war.

## Hilferdings „Finanzkapital“ zwischen Reformismus und „revolutionärem Marxismus“?

Erstmals hat **Rosa Luxemburg** in ihrer nach 1913 verfassten, erst 1921 veröffentlichten Antwort auf die Kritiker des Buches „Die Akkumulation des Kapitals“ in Rudolf Hilferdings „Finanzkapital“ den Weg zu einer reformistischen Krisentheorie im Sinn einer harmonischen Interpretation der Marx'schen Reproduktions-schemata auf der Linie des liberalen russischen Nationalökonom Michael Tugan-Baranowski gesehen: „Die Marx'schen Schemata zeigen [nach Hilferding], dass in der kapitalistischen Produktion sowohl Reproduktion auf einfacher als auf erweiterter Stufenleiter ungestört vor sich gehen kann, wenn nur diese Proportionen erhalten bleiben. Umgekehrt kann Krise auch bei einfacher Reproduktion eintreten bei Verletzung der Proportion, zum Beispiel zwischen abgestorbenem und neuanzulegendem Kapital. Es folgt also durchaus nicht, dass die Krise in der der kapitalistischen Produktion immanenten Unterkonsumtion der Massen ihre Ursache haben muss. – Ebensovienig folgt aus den Schemata an sich die Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion an Waren, vielmehr lässt sich jede Ausdehnung der Produktion als möglich zeigen, die überhaupt bei den vorhandenen Produktivkräften stattfinden kann.“ (Rudolf Hilferding. Das Finanzkapital, Wien 1910, S. 318.) Das ist alles.“

Wie Otto Bauer will Hilferding unter Benützung der „mathematischen Schemata der Proportionen“ zeigen, dass die kapitalistischen Krisen „lediglich aus Disproportionalität“ entstehen, „womit er die ‚so weit wir sehen, allgemein von den orthodoxen Marxisten angenommene, von Marx begründete Krisentheorie‘ aus ‚Unterkonsumtion‘ im Orkus versenkt und dafür die von Kautsky als revisionistische Ketzerei zerschmetterte Krisentheorie Tugan-Baranowskis übernimmt, in deren Konsequenz er folgerichtig bis zu der Behauptung des ‚Jammersmenschen‘ Say gelangt: allgemeine Überproduktion sei unmöglich“. Hilferding unterstellt nach Luxemburg früh die Möglichkeit grenzenlos kapitalistischer Akkumulation: „Abgesehen von Krisen als periodische Störungen infolge mangelnder Proportionalität könne die Kapitalakkumulation (in einer bloß aus Kapitalisten und Arbeitern bestehenden Gesellschaft) durch fortwährende ‚Ausdehnung‘ schrankenlos so weit gehen, wie nur die jeweiligen Produktivkräfte erlauben, womit wiederum

der von Kautsky zerschmetterte Tugan wörtlich kopiert wird. Ein Problem der Akkumulation, abgesehen von Krisen, existiert also für Hilferding nicht, denn die ‚Schemata zeigen‘, dass ‚jede Ausdehnung‘ schrankenlos möglich sei, d.h., dass mit der Produktion zugleich ihr Absatz ohne weiteres wachse.“<sup>9</sup>

**Henryk Grossmann** (1881–1950) hat Rosa Luxemburg 1929 das Verdienst zugesprochen, sie habe als erste die theoretische Nähe des Verfassers des „Finanzkapital“ zu revisionistisch neoharmonischen Positionen erkannt: „Der ‚Revisionist‘ Tugan-Baranowsky wie der ‚Marxist‘ Hilferding – beide konnten den Zusammenbruchgedanken bei Marx, den Gedanken von der unüberschreitbaren, absoluten ökonomischen Akkumulationsgrenze des Kapitalismus negieren und ihn durch die Theorie von der schrankenlosen Entfaltungsmöglichkeit des Kapitalismus ersetzen. Es war ein großes historisches Verdienst Rosa Luxemburgs, dass sie – im bewussten Gegensatz und Protest gegen die Entstellungversuche der Neo-Harmoniker –, an dem Grundgedanken des ‚Kapital‘ festhielt und ihn durch den Nachweis einer absoluten ökonomischen Grenze für die Fortentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu stützen versuchte.“

Früh hat Hilferding das Marx’sche Akkumulationsproblem nicht nur marginalisiert, sondern unzulässig im Licht von „Gleichgewichts“- und „Wachstumsmodellen“ betrachtet, so wie die „austromarxistischen Diadochen“ – eine Luxemburgsche Zuschreibung – eben von der „Möglichkeit der schrankenlosen Akkumulation“ sprachen. Otto Bauer oder Rudolf Hilferding sind nach Grossmanns Dogmengeschichte vollständig Tugan gefolgt, der im Kern ausgeführt hatte: „Die kapitalistische Wirtschaft kann gar nicht aus ökonomischen Gründen zusammenbrechen, wohl aber muss sie es aus ethischen.“ (...) Bei Tugan wird dieser Gedanke ausgesprochen, weil er ein Gegner der materialistischen Geschichtsauffassung ist und den Sozialismus ethisch begründet durch den bewussten Willen des Proletariats, der von dem objektiven Gang der Wirtschaftsentwicklung losgelöst ist. Denselben Gedankengang übernehmen von Tugan aber auch Otto Bauer, R. Hilferding und K. Kautsky, die doch versichern, auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung zu stehen. So ist Tugan der eigentliche Theoretiker der Marx-Epigon geworden.“ Bauer und Hilferding sind „ganz in die Gleichgewichtsharmonie des Kapitalismus“ eingewogen.

Grossmann wundert sich nicht, dass Hilferding als Reformist endet. Hilferdings Ideologie von der „vergesellschaftenden Funktion“ des Finanzkapitals zeichnet sich schon 1910 deutlich ab. Wo ist die Differenz zwischen den Reformisten um Eduard Bernstein und den „Neomarxisten“ wie Rudolf Hilferding – fragt Grossmann 1929: „Die Abkehr von der Marx’schen Lehre, nicht ihre Vertiefung, wurden zum Merkmal jener Epoche. Aus dieser Periode der gewaltigen Kapitalakkumulation (1890 bis 1913) stammt der Revisionismus, stammen alle jene Darstellungen vom Gleichgewicht des Kapitalismus, alle jene Theorien von der Möglichkeit seiner schrankenlosen Entfaltung, die wir nicht bloß bei den revisionistischen Kritikern des Marxismus, sondern auch bei seinen offiziellen theoretischen Vertretern, wie R. Hilferding und O. Bauer wiederfinden. Wie sehr die Angst der bürgerlichen Ökonomik vor dem Aufrollen des Zusammenbruchsproblems auf das marxistische Lager abfärbte, zeigt am schlagendsten die Abneigung Hilferdings gegen eben dieses Problem, für ihn ist ‚der ökonomische Zusammenbruch überhaupt keine rationelle Vorstellung‘. Man schließt die Augen vor den tatsächlichen Tendenzen, indem man diese Tendenzen als ‚irrationell‘ hinstellt.“

Hilferdings früher Auffassung von einem die anarchische Planlosigkeit überwindenden „organisierten Kapitalismus“, der einem Zusammenbruch infolge Überakkumulation entgeht, weiters Hilferdings Andeutungen zu einem kapitalistischen „Generalkartell“ als Ausdruck des vorweg genommenen sozialistischen Prinzips planmäßiger Produktion, wenngleich bei antagonistisch bürgerlicher Aneignung, und seiner Überschätzung der Zirkulationssphäre widerspricht Grossmann: „Die geschichtliche Tendenz des Kapitals geht nicht nach der Richtung einer ‚Zentralbank‘, die das durch das Generalkartell kontrollierte und ‚geregelt‘ Wirtschaftsleben beherrscht, sondern führt über den Konzentrationsprozess der Industrie und die fortschreitende Akkumulation zum endgültigen Zusammenbruch infolge der Überakkumulation.“ Selbst ein neoliberaler Ökonom wie Ludwig Mises hält die bürgerliche Gesellschaft in ihrer monopolistischen und finanzkapitalistischen Ausprägung für krisenanfälliger als schlussendlich ein als marxistisch geltender Theoretiker wie Hilferding.

Dieser selbst sah sich – wie Frank Deppe 2003 eigens hervorhebt – sowohl im Hinblick auf die Darstellung der wi-

dersprüchlichen Vergesellschaftungstendenzen im Kapitalismus als auch im Hinblick auf die Darstellung des Aktien- und Finanzkapitals direkt von Marx’ Kritik der politischen Ökonomie angeleitet, so wenn Marx im ersten Band des „Kapital“ den „Zusammenhang von Zentralisation des Kapitals und Expropriation als einen Prozess der ‚antagonistischen Vergesellschaftung‘“ analysiert (MEW 23, 790f.) oder wenn Marx im dritten Band des Kapital „über die Entwicklung der Aktiengesellschaften sowie über das Bankkapital und die Rolle des Kredits“ (MEW 25, 413ff. und 452f.) schreibt.<sup>10</sup>

Hilferdings 1910 aufleuchtende und dann von ihm nach 1920 als rechter Exponent der Weimarer Sozialdemokratie forcierte, die Fortexistenz der Lohnarbeit zunehmend ausblendende Vorstellungen von der „Regelung“ der Produktion auf kapitalistischer Basis unterscheidet sich oft aber nicht wirklich von den Auffassungen der „Kathedersozialisten“ wie jener des seit langem rabiat antisozialistisch denkenden Werner Sombart: „Mit dieser Auffassung hat Hilferding die letzten Spuren des Marx’schen Sozialismus abgestreift und sich auf den Boden der bürgerlichen Nationalökonomie gestellt, welche gleichfalls die fortschreitende Planmäßigkeit der bestehenden Wirtschaftsordnung – im schreienden Gegensatz zu den Tatsachen – verhimmelt und das Streben der Arbeiterklasse nach dem Sozialismus als überflüssig betrachtet, weil dieser ja bereits verwirklicht ist. ‚Wir werden uns – lesen wir bei Sombart –, allmählich an den Gedanken gewöhnen müssen, dass der Unterschied zwischen dem stabilisierten und reglementierten Kapitalismus und einem technifizierten und rationalisierten Sozialismus kein sehr großer ist und dass es somit für das Schicksal der Menschen und ihrer Kultur ziemlich gleichgültig ist, ob die Wirtschaft sich kapitalistisch oder sozialistisch gestalten wird.“

Gegen Hilferdings „organisierten Kapitalismus“ erinnert Grossmann an Karl Marx’ Abrechnung mit Proudhon: „Marx sagt gegen Proudhon: ‚Er treibt die Abstraktion auf die Spitze, indem er alle Produzenten in einen einzigen Produzenten ... zusammenschweißt.‘ (Marx, Das Elend, S.14). (...) Die Hilferdingsche Vorstellung einer ‚geregelteten Produktion‘ und einer ‚antagonistischen Verteilung‘ ist eben ein logisches Unding. Es zeigt sich hier die Richtigkeit des Marx’schen Satzes: ‚Die Art, wie die Produktivkräfte ausgetauscht werden, ist für die Art des Austausches der Produkte maßgebend.‘

Und unter den Produktivkräften spielt die entscheidende Rolle die menschliche Arbeitskraft! ‚Im allgemeinen‘, sagt Marx, ‚entspricht die Art des Austausches der Produkte der Produktionsweise. Man ändere die letztere und die Folge wird eine Veränderung der ersteren sein.‘ (Marx, *Das Elend der Philosophie*, S. 55).<sup>11</sup>

**Paul Sweezy** (1909–2004) erklärt 1942 – ein gutes Jahrzehnt nach Grossmann – in seiner „Theorie der kapitalistischen Entwicklung“: Rudolf Hilferding hat die gegen Marx gerichtete These Tugans von der unendlichen, kapitalistisch „proportionalen Produktion“ ohne jedwede Unterkonsumtionsschwierigkeiten und Überproduktionsgefahren 1910 im „Finanzkapital“ mit dem Siegel der marxistischen Authentizität versehen können, da er ja als „ein ‚orthodoxer‘ Marxist“ galt.

Indem Hilferdings Krisentheorie schon 1910 auf ein Disproportionalitätsmodell jenseits aller Unterkonsumtion und jenseits fallender Profitraten infolge Überakkumulation hindeutet, arbeitete er reformistischen Tendenzen mit ihrer Rede von den sich mildernden, ja verschwindenden Krisen der Kapitalverwertung zu. Der (sich „organisierende“) Kapitalismus wird scheinbar reformierbar: „Aber wenn diese schrecklichen Vorboten (von gigantischer Unterkonsumtion oder tendenziellem Fall der Profitrate – Anm.) auf einer rein imaginären Grundlage ruhen, und wenn die Krisen tatsächlich durch nichts Unlenksames verursacht sind als durch die Disproportionalitäten im Produktionsprozess, dann scheint die bestehende Sozialordnung sicher genug zu sein, wenigstens so lange, bis die Menschen genügend gebildet und moralisch fortgeschritten sind, um eine bessere zu wollen und zu verdienen. In der Zwischenzeit muss nicht nur kein Zusammenbruch des Kapitalismus erfolgen, sondern es kann auch im Kapitalismus viel getan werden, um die Disproportionalitäten, die die Ursache vieler unnötiger Leiden sind, auszubügeln.“

Aus auf Unterkonsumtion und Überakkumulation abstellenden Krisentheorien hingegen erwächst ein revolutionäres politisches Denken, „dann müssen sich die Sozialisten auf stürmische Zeiten gefasst machen, sie müssen sogar bereit sein, wenn es nötig ist, eine revolutionäre Lösung der Widersprüche der bestehenden Ordnung zwangweise durchzusetzen“.

Wenn aber auf der Linie von Hilferdings „Finanzkapital“ eine die Disproportionalitäten der kapitalistischen Produktionsanarchie möglicherweise überwindende Krisentheorie real schien, dann ist der Weg zum Sozialismus eine Frage

kulturell moralischer Forderungen, wie es ein Georg Lukács oder ein Henryk Grossmann andeuten, – oder wie es Sweezy formuliert: Dann „können die Sozialisten einer unbegrenzten Periode ruhiger Erziehungsarbeit entgegensehen, die, so können sie wenigstens hoffen, schließlich durch die friedliche, durch allgemeine Zustimmung erreichte weltweite Zusammenarbeit (co-operative Commonwealth) mit Erfolg gekrönt sein wird“.

In der Sicht von Grossmann oder Sweezy ist es nur konsequent, wenn der später auf eine neue Koalition mit dem Weimarer Bürgertum drängende Rudolf Hilferding 1927 rückblickend auf sein frühes Hauptwerk auf dem Kieler Parteitag erklärt, dass ihm schon im „Finanzkapital“ der kapitalistische „Zusammenbruch“ überhaupt keine rationale Vorstellung sein konnte. Sweezy, der – wie andere marxistische Kritiker – Hilferding vorwarf, die (dauerhafte und nachdrückliche) Rolle der Großbanken in der monopolistischen Entwicklung des Kapitalismus zu überschätzen, setzte gegen Hilferding auf Lenins Definition des „Finanzkapital“.

Nichtsdestotrotz sind Hilferdings Verdienste für eine marxistische Imperialismustheorie bleibend, so die Deutung des „Kapitalexports“ als „Ausfuhr von Wert, der bestimmt ist, im Ausland Mehrwert zu hecken“ und der Hinweis auf den sozialrevolutionären „Widerstand der zu nationalem Bewusstsein erwachenden Völker“. Hilferdings Beschreibung einer sich in der Periode des Imperialismus und der Finanzoligarchien reaktionär, irrationalistisch, rassistisch formierenden bürgerlichen Ideologie, die den autoritären Militärstaat verherrlicht, ähnelt für Sweezy durchaus der von Rosa Luxemburg 1913 in der „Akkumulation des Kapitals“ vortragenen Schilderung des barbarischen Züge annehmenden bürgerlichen Denkens. Den Verrat am Ideal des „ewigen Friedens“, den Weg von Kant zu Nietzsche, von den aufgeklärten Vordenkern eines kosmopolitischen Menschheitsideals zu den „Herrenrassen“-Erfindern gegenüber den Kolonialvölkern im äußeren und gegenüber der Arbeiterklasse im inneren, das Vordringen des Antisemitismus beschreibt Sweezy nicht nur in einem eigenen kurzen Abschnitt. Er drückt im Anhang auch den entsprechenden Abschnitt „Das Verlangen nach Expansionspolitik aber revolutioniert die ganze Weltanschauung des Bürgertums ...“ aus Hilferdings „Finanzkapital“ ab.<sup>12</sup>

**Fred Oelßner** (1903–1977), 1920 entgegen der Richtung Hilferdings von der USP zur KPD übergetreten, 1945 aus

dem sowjetischen Exil kommend im Schulungsapparat der KPD/SED, dann maßgeblicher Wirtschaftswissenschaftler der DDR, sah im Hilferding des „Finanzkapital“ auch den „revolutionären Marxist“, einen Gegner Bernsteins.

Auch wenn vom „Finanzkapital“ ein Weg zu den reformistischen Auffassungen Hilferdings (etwa abnehmende „Anarchie“, „Vergesellschaftung“, etc.) führt, auch wenn eine scheinbar objektive Logik der Kapitalbewegung in Richtung „Planmäßigkeit“ Überlegungen Hilferdings zu Klassenkampf und proletarischer Revolution schon 1910 in den Hintergrund drängt, auch wenn er den parasitären Charakter des monopolistischen Kapitalismus mit seinen „Kuponschneidern“ unterschätzt, in der Krisentheorie – diese oft zu behebbaren „Zirkulationsstörungen“ verharmlosend – schwankt, gilt Oelßner die Lektüre des „Finanzkapitals“ 1947 im Sinn eines antifaschistisch sozialistischen Neuanfangs als lehrreich. Der Hilferding des „Finanzkapital“ war für Oelßner noch nicht der Hilferding des Kieler SPD-Parteitags von 1927 mit seiner opportunistischen Verklärung des „organisierten Kapitalismus“.

Hilferdings Theorie des „Gründergewinns“, seine Beschreibung des Wandels vom liberalen Konkurrenzkapitalismus zum monopolistischen Finanzkapitalismus macht ihn für Oelßner zu einem bleibenden marxistischen Theoretiker. Er zitiert die Schlussprognose Hilferdings: „In dem gewaltigen Zusammenprall der feindlichen Interessen schlägt schließlich die Diktatur der Kapitalmagnaten um in die Diktatur des Proletariats.“

Er verweist – so wie Paul Sweezy – auf Hilferdings Analyse der imperialistischen Barbarei abgeleitet aus der für Lenin so wichtigen Beschreibung des „Kapitalexports“: „Der Marxist Rudolf Hilferding gelangte also im Jahre 1909 durch seine ökonomische Analyse des modernen Kapitalismus zu der Feststellung, dass die Entwicklung zum imperialistischen Kriege drängt und dass sich der deutsche und der englische Imperialismus als Hauptgegner gegenüberstehen.“

Hilferding liefert gerade mit Blick auf den europäischen Faschismus schon 1910 eindrucksvolle Analysen von der ideologischen Transformation des bürgerlichen Scheins vom Gleichheitsideal, vom liberalen Rechtsstaat, von der Harmonie des laissez-faire zum rassistisch irrationalistisch, vorkommunistischen Denken. Hilferdings Thesen über die bürgerlich-ideologische Militarisierung gelten Oelßner als Thesen zur Entstehung des

Faschismus: Das Studium des „Finanzkapital“ ist „nicht nur unerlässlich, um den Klassencharakter des Faschismus zu verstehen; es lehrt uns zugleich, die wirklichen Erreger der faschistischen Pest zu erkennen und zu bekämpfen. Dies sind die kapitalistischen Monopole, die Kartelle, Trusts, Konzerne, es sind die Brutstätten des Finanzkapitals, die Großbanken, (...)“

Der Hilferding von 1910 gilt Oelßner deshalb auch 1947 noch als ein „Anti-Bernstein“, als ein Widersacher des Revisionismus, als Opponent der Illusionen, die imperialistisch kriegerischen Widersprüche im System eines internationalen Vertragssystems gleichsam völkerrechtlich beseitigen zu können. Oelßner will aber auch nicht Hilferdings schon fehlende Abgrenzung gegenüber Opportunismus und Reformismus übersehen, wie sie in seiner Rede von der „Zentralbank“ und besonders vom „Generalkartell“ zum Ausdruck kommt: „Auf dasselbe läuft die Hypothese von der Bildung eines Generalkartells hinaus: ‚Die ganze kapitalistische Produktion wird bewusst geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen ihren Sphären bestimmt. Dann wird die Preisfestsetzung rein nominell und bedeutet nur mehr die Verteilung

des Gesamtprodukts auf die Kartellmag-naten einerseits, auf die Masse aller anderen Gesellschaftsmitglieder andererseits.‘ [...] All diese Phantastereien haben mit Marxismus schon nichts mehr zu tun.“<sup>13</sup>

Der trotzkistischen Internationale nahe stehende Kritiker der politischen Ökonomie wie Roman Rosdolsky und Ernest Mandel sahen in Rudolf Hilferding durchgehend den austromarxistischen Neoharmoniker von seinen Anfängen an – auf einer Linie mit Otto Bauer. **Roman Rosdolsky** (1898–1967) notiert, dass Hilferdings „Auslegung der Marxschen Schemata im Jahre 1909 (im ‚Finanzkapital‘) darauf hinaus[lief], dass diesen Schemata zufolge die kapitalistische Produktion – richtige Proportionen zwischen den einzelnen Produktionszweigen gegeben – ‚ins Unendliche ausgedehnt werden‘ könne ‚ohne zur Überproduktion von Waren zu führen‘“. Insofern hat sich Hilferding vor bürgerlich-akademischem Publikum nach dem offenen Übergang auf reformistische Positionen zu Recht als steter Gegner der „Zusammenbruchs-

theorie“ dargestellt: „Und auf der Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1926 erinnerte Hilferding seine akademische Zuhörerschaft daran, dass er schon immer ein Gegner der ‚Zusammenbruchstheorie‘ gewesen sei: ‚Ich glaube‘, erklärte er, ‚ich finde mich mit dieser Auffassung in vollständiger Übe-



Rudolf Hilferding (1877–1941)

reinstimmung mit den Lehren Karl Marx‘, dem man fälschlich immer eine Zusammenbruchstheorie zuschreibt. Gerade der zweite Band des ‚Kapital‘ zeigt, wie innerhalb des kapitalistischen Systems die Produktion auf immer erweiterter Stufenleiter möglich ist. Ich habe mir oft gedacht‘, fügte er scherzhaft hinzu, ‚es ist nicht so schlimm, dass dieser zweite Band so wenig gelesen wird, denn es könnte unter Umständen ein Hohelied des Kapitalismus aus ihm herausgelesen werden.“

Rosdolsky hebt ebenfalls den zentralen Einfluss von Tugan-Baranowski auf sozialdemokratische Theoretiker wie Hilferding und Bauer hervor. Hilferding hat Tugan-Baranowskis Theorie von der Produktion nur um der Produktion willen (mit der Konsumtion als bloß lästigem Akzidenz) als „verrückt gewordenen Marxismus“ eingestuft: „Es ist verrückt gewordener Marxismus, aber doch Marxismus, was die Tugansche Theorie zugleich so sonderbar und so anregend macht.“

Rosdolsky sah Hilferding im völligen Widerspruch zur Marx’schen Krisen-

theorie. Für Rosdolsky hat Rosa Luxemburg 1913 mit der „Akkumulation des Kapital“ auch – was selten so gesehen worden ist – die erste und zugleich zentrale Antwort auf Hilferdings „Finanzkapital“ geliefert: „Nur auf diesem Hintergrund, d.h. als Reaktion gegen die neoharmonische Auslegung der ökonomischen Lehren von Marx ist Rosa Luxemburgs Buch ‚Akkumulation des Kapitals‘ zu verstehen, dessen Zentralthema – (...) – eben in der energischen Hervorhebung des Zusammenbruchgedankens und damit des revolutionären Kernes des Marxismus bestand.“<sup>14</sup>

Vertreten revolutionäre Marxist/inn/en wie Rosa Luxemburg in verschiedenen Varianten Unterkonsumtions- bzw. Überakkumulationstheorien, so finden sich unter den je nachdem offen reformistischen oder zentristischen Vordenkern der Sozialdemokratie die Anhänger der Disproportionalität, so **Ernest Mandel** (1923–1995): „Die Hauptbefürworter dieser reinen Disproportionalitätstheorie der Krise waren der russische ‚legale‘ Marxist Michail Tugan-Baranowski und der Austromarxist Rudolf Hilferding. (...) Die Schlussfolgerungen dieser Theorie sind offensichtlich. Wenn die Kapitalisten durch das Wachstum der

Monopole (ein General-Kartell, wie Hilferding es nannte) die Investition ‚organisieren‘ könnten, dann gäbe es keine Überproduktionskrisen. Dann gäbe es tatsächlich einen Kapitalismus ohne Krisen. Wie Roman Rosdolsky ausgeführt hat, übersehen diese Theoretiker die Tatsache, dass die Disproportion zwischen Produktion und Konsumtion – die Tendenz des Kapitalismus, die Produktivkräfte in unbegrenzter Weise zu entwickeln, während der Massenkonsumtion strikte Grenzen gesetzt sind – dem Kapitalismus inhärent ist und unabhängig von der disproportionalen Entwicklung der Abteilung I und der Abteilung II, der kapitalistischen Konkurrenz und der Anarchie der Produktion besteht und bestehen bleibt.“<sup>15</sup>

Für den jugoslawischen Rätesozialisten und „Praxisphilosophen“ **Predrag Vranicki** (Jg. 1922) war es gleichfalls eine folgerichtige Entwicklung, dass sich Hilferding nach 1918 gegen ein Bündnis der USPD mit der KPD (Spartakus) aussprach, in die Ebert-Scheidemann Sozialdemokratie zurückkehrte und sich in



Neuaufgabe von Hilferdings „Finanzkapital“ im Berliner Dietz-Verlag 1947.

Fragen der Staatstheorie der anti-marxistischen Auffassung eines Karl Renner vom neutralen Verwaltungsstaat als dem Schaltinstrument der Arbeiterklasse annäherte: „Die sozialdemokratischen Theoretiker, und das gilt vor allem für die Austromarxisten (genauso für Renner und Bauer wie für Hilferding) haben zwar deutlich die Tendenzen des Staatskapitalismus in der modernen Entwicklung gesehen, haben aber zu schnell auf die Möglichkeit der Überwindung der anarchischen Produktion, der Verminderung der Krisen, der Liquidierung der Konkurrenz der Monopole usw. und von daher auf den weiteren Verlauf des Klassenkampfes geschlossen. Auf dieser Basis kollaborierten sie alle mit der Bourgeoisie, was im entscheidenden Moment notwendigerweise zu einer beschämenden Niederlage führen musste.“

Obwohl Hilferding das „Finanzkapital“ 1910 mit der Ankündigung vom Umschlagen der Diktatur der Kapitalmagnaten in jene des Proletariats beendet und das Buch nicht zufällig für die Imperialismus-Theorie Lenins wichtig werden sollte, fehlte es schon dem jungen, soeben in den Apparat der deutschen Vorkriegssozialdemokratie eingetretenen Hilferding am revolutionären Willen in praktischer und theoretischer Hinsicht. Die reformistischen Wurzeln, die sich nach 1920 in Hilferdings offenem Plädoyer für einen bürgerlichen Parlamentarismus äußern, liegen für Vranicki im „Finanzkapital“ verborgen: „Obzwar er, wie wir gesehen haben die Herrschaft der Finanzoligarchie als Diktatur begreift und auch den inneren Klassenantagonismus erkennt, der nur durch einen Zusammenstoß im Sinne des Sozialismus gelöst werden kann, setzt Hilferding an einigen Stellen

seines Werkes fast die Aufhebung der anarchischen Produktion durch die Entwicklung des Finanzkapitals voraus und ebenso die Möglichkeit der Linderung der Krisen im Kapitalismus durch koloniale und expansionistische Politik.“<sup>16</sup>

Der marxistische Rechtswissenschaftler **Karl Korsch** (1886–1961) nahm als kommunistischer Reichstagsabgeordneter und dann als Mitglied der kommunistischen Parteiopposition, Hilferding unmittelbar als einen Exponenten der rechten Ebert-Wels-SPD wahr, als Propagandisten sozialdemokratischer Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, was Korsch nur als den Weg zur proletarischen Ohnmacht qualifizieren konnte. Im Jänner 1930 zeichnete Korsch den soeben zurückgetretenen Finanzminister Hilferding als das Symbol für die sozialdemokratische Kapitulation vor dem „Herrn Bankdirektor Schacht“ und dem *Reichsverband der deutschen Industrie* schlechthin: „Die von Hilferding zur ‚pfleglichen‘ Behandlung des Privatkapitals vorgesehenen Steuerermäßigungen belaufen sich auf annähernd 2 Milliarden. (...) Woher nimmt der deutsche Staat und Herr Hilferding die Mittel für diese Geschenke an das Kapital?“ Von den arbeitenden, arbeitslosen Massen!<sup>17</sup>

Schon 1923 hat Korsch in „Marxismus und Philosophie“ Hilferdings „Finanzkapital“ wegen des Plädoyers für eine empirische Methodologie zu den krypto-revisionistischen Marx-Interpretationen gerechnet. Hilferdings rascher Übergang auf eine bürgerliche Wissenschaftsmethodologie mit ihren Idealen von kausal-analytischer „Werturteilsfreiheit“ zeigt Korsch, dass Hilferding bereits 1910 jede revolutionär dialektische Methode fremd war. Nicht die Dialektik als „Algebra der Revolution“ findet Korsch bei Hilferding vor, sondern Sympathien für ein Max Weber’sches Wissenschaftsverständnis. Korsch zitiert aus Hilferdings Vorwort zum „Finanzkapital“ datiert mit Ende 1909: „(...)“, dass auch die Betrachtung der Politik für den Marxismus nur die Aufdeckung von Kausalzusammenhängen zum Ziele haben kann. (...) Wie die Theorie, so bleibt auch die Politik des Marxismus frei von Werturteilen.“ Marxistische Theorie könne losgelöst von den politischen Idealen des Sozialismus betrieben werden.

Die einheitlich revolutionär proletarische Theorie wird bei Hilferding in „dissecta membra“ aufgesplittert, während in Marx’ „Kapital“ selbst die scheinbar „reine Theorie des Denkens die Praxis des revolutionären Willens“ nicht ausschaltet, wie Korsch unter Verweis auf

das Kapitel „über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“ betont. So genannte Marxisten der II. Internationale wie Hilferding haben hingegen „den wissenschaftlichen Sozialismus tatsächlich mehr und mehr als eine Summe von rein wissenschaftlichen Erkenntnissen ohne unmittelbare Beziehung zur politischen und sonstigen Praxis des Klassenkampfes aufgefasst“.

Die materialistische Dialektik verwandelt sich bei Hilferding wie bei den positivistisch oder neukantisch angeleiteten Marxisten in ein „heuristisches Prinzip für die wissenschaftliche Einzelforschung“, „zu einer Anzahl theoretischer Sätze über den kausalen Zusammenhang der geschichtlichen Erscheinungen“: „Die einen behandeln also das materialistische Prinzip Marxens als einen ‚subjektiven Grundsatz bloß für die reflektierende Urteilskraft‘ im Sinne Kants, während die anderen die Lehren der marxistischen ‚Soziologie‘ als ein je nachdem mehr ökonomisches oder mehr geographisch-biologisches System dogmatisch hinnehmen.“ Korsch schließt mit Blick auf Hilferdings methodisches Selbstverständnis im „Finanzkapital“: „Nichts lag einem Marx und Engels ferner, als ein Bekenntnis zu jener voraussetzungslosen, über den Klassen stehenden, rein wissenschaftlichen Forschung, zu der sich ein Hilferding und die meisten anderen Marxisten der Zweiten Internationale schließlich bekannt haben.“

Korsch beschreibt 1923 das „Finanzkapital“ als Muster des „marxistischen Neureformismus“, der nur scheinbar in Opposition zum Revisionismus steht und langfristig den „Triumph Bernsteins“ (so Georg Lukács 1924) beflügelt. Hilferdings methodische Prinzipien stützen den Reformismus: „Die einheitliche Gesamtheorie der sozialen Revolution ist umgewandelt in eine wissenschaftliche Kritik der bürgerlichen Wirtschaftsordnung und des bürgerlichen Staates, des bürgerlichen Erziehungswesens, der bürgerlichen Religion, Kunst, Wissenschaft und sonstigen Kultur, die nicht mehr nach ihrem ganzen Wesen notwendig verläuft in einer revolutionären Praxis, sondern ebenso gut verlaufen kann und tatsächlich in ihrer wirklichen Praxis meist verläuft in allerhand Reformbestrebungen, die grundsätzlich den Boden der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates nicht überschreiten.“<sup>18</sup>

Wenn ein Eduard Bernstein die kapitalistische Krise 1898/99 in den „Voraussetzungen des Sozialismus“ zum sekundären, sich stetig abschwächenden Phäno-

men erklärt hat, hat er damit nach Korsch eine zu Hilferding, Emil Lederer, Fritz Tarnow oder Fritz Naphtali führende Linie reformistisch sozialdemokratischer Krisentheorie begründet. Bei Hilferding, dem „Marxisten“ und offiziellen Gegner des Revisionismus, findet sich 1910 gegen allen ersten Anschein die Bernsteinische Theorie, wonach es keine „notwendigen und unvermeidlichen Krisen“ des Kapitalismus mehr gibt, wieder, merkt Korsch 1933 an: „Die erste ‚wissenschaftliche‘ Begründung zu dieser, von Bernstein zunächst nur als tatsächliche Behauptung aufgestellten These enthält die bekannte Theorie des Hilferdingschen ‚Finanzkapital‘, welche die kapitalistische Krisenüberwindung von einem unter Billigung und Förderung der Arbeiterklasse zu schaffenden kapitalistischen ‚Generalkartell‘ und der von diesem durchgeführten planmäßigen Regelung der bürgerlichen, auf Kapital und Lohnarbeit beruhenden Produktion erwartet.“<sup>19</sup>

#### Anmerkungen:

1/ William Smaldone: Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten, Bonn 2000. – Giulio Pietranera: R. Hilferding und die ökonomische Theorie der Sozialdemokratie [1961 ital.] (=Internationale marxistische Diskussion 48), Berlin 1974.

2/ Vgl. Rudolf Hilferding: Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik (Mai 1927), in: Zwischen den Stühlen oder die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940, hg. von Cora Stephan, Berlin-Bonn 1982, 212–236.

3/ Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien 1910.

4/ W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss (1916/17), in ders.: Werke 22, Berlin 1960, 189–309, hier 197–199, 209f., 229f., 280f., 294f. und 302f.

5/ W. I. Lenin: Hefte zum Imperialismus (ca. 1915/16), in ders.: Werke 39, Berlin 1965, 186 und 330–336 mit Exzerpten aus Hilferdings „Finanzkapital“.

6/ Vgl. W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheiten im Kommunismus (Juni 1920), in ders.: Werke 31, Berlin 1959, 5–106, hier 59.

7/ Leo Trotzki: Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky (1920), Berlin 1990, 164.

8/ Texte zur Haltung Hilferdings zum Massenstreik (1903) und zur Parteilinken (1912) sind abgedruckt in wie Anm. 2.

9/ Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik (Leipzig 1921), in dies.: Gesammelte Werke 5,

Berlin 1990, 413–523, hier 454f.

10/ Vgl. Frank Deppe: Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Bd. 2: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen, Hamburg 2003, 285–302 und 320–322.

11/ Henryk Grossmann: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems (Nachdruck von 1929), Frankfurt/M. 1967, 20, 54, 193, 579, 605, 608, 617.

12/ Paul M. Sweezy: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie (1942), Köln 1959, 125, 164, 209–213, 244–246 und 289–291.

13/ Fred Oelßner: Einleitung (12. Jänner 1947) zu Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Berlin 1955, V–XXXV.

14/ Roman Rosdolsky: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital“. Der Rohentwurf des Kapital 1857–1858, Frankfurt/M. 1968,

Band 3, 530f., 552–555, 569–579.

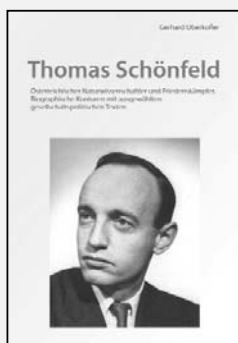
15/ Ernest Mandel: Kontroversen um „Das Kapital“, Berlin 1991, 238f.

16/ Predrag Vranicki: Geschichte des Marxismus I, Frankfurt/M. 1972, 360–366.

17/ Karl Korsch: Verfassungsreform in Österreich – Finanzreform in Deutschland (Jänner 1930), in ders.: Krise des Marxismus. Schriften 1928–1935. (=Karl Korsch Gesamtausgabe 5), Amsterdam 1996, 357–361.

18/ Karl Korsch: Marxismus und Philosophie (1923), in ders.: Marxismus und Philosophie. Schriften zur Theorie der Arbeiterbewegung. (=Karl Korsch Gesamtausgabe 3), Amsterdam 1993, 299–367, hier 325, 330–334, 339.

19/ Karl Korsch: Über einige grundsätzliche Voraussetzungen für eine materialistische Diskussion der Krisentheorie (Februar 1933), in derselbe: Krise des Marxismus. Schriften 1928–1935. (=Karl Korsch Gesamtausgabe 5), Amsterdam 1996, 591–599, hier 594f.



## Neuerscheinung

Gerhard Oberkofler:

### Thomas Schönfeld

Österreichischer Naturwissenschaftler  
und Friedenskämpfer

Biographische Konturen mit ausgewählten  
gesellschaftspolitischen Texten

Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2010

**T**homas Schönfeld (1923–2008), 1938 aus seiner Heimatstadt Wien vertrieben, hat Schulen in Großbritannien und in den USA besucht, dort mit dem Studium der Chemie begonnen, das er nach seiner 1947 erfolgten Rückkehr nach Wien beendet hat. Als führender österreichischer Spezialist für Radiochemie hat er sich an der Wiener Universität habilitiert, wo er seit 1972 als ordentlicher Universitätsprofessor wirkte. Vom Institut für Strahlenschutz des Reaktorzentrums Seibersdorf wurde Schönfeld, dessen positive Haltung zur friedlichen Anwendung der Kernenergie im Einklang mit seinem Kampf für eine atomwaffenfreie Welt steht, als Konsultant für Spezialfragen der Reaktorsicherheit herangezogen. Schönfeld war der Überzeugung, dass es keine wahre Wissenschaft geben kann, die nicht früher oder später zu einer Vergrößerung des Wohlstands der menschlichen Gesellschaft führt.

In den USA hat Schönfeld in der *Freien Österreichischen Jugend* für

die Wiederherstellung eines unabhängigen, freien und demokratischen Österreich gewirkt. Nach dem Sieg über den Nationalsozialismus und dem Ende des Zweiten Weltkriegs blieb aus seinem Verständnis von der Verantwortung des Wissenschaftlers heraus sein Engagement in Fragen von allgemeinem Interesse intensiv und unermüdlich. Schönfeld wurde zu einer inspirierenden Autorität in der österreichischen Friedensbewegung. Beharrlichkeit und Nachdenklichkeit zeichneten Schönfeld, der ein großer österreichischer Patriot war, in der Wissenschaft, im Friedenskampf und in seiner Parteinahme für den gesellschaftlichen Fortschritt in außergewöhnlichem Maße aus.

*Der Autor: Gerhard Oberkofler, Wissenschaftshistoriker, war lange Zeit Universitätsprofessor an der Universität Innsbruck und als Leiter des dortigen Universitätsarchivs tätig. Er ist Vizepräsident der Alfred Klahr Gesellschaft.*

# Masken zweier Wiener Biedermänner

GERHARD OBERKOFER

Im Spätherbst 2009 haben Heinz Fischer (\*1938) und Anton Pelinka (\*1941) neue Varianten ihrer autobiografischen Darstellungen<sup>1</sup> publiziert. Beide sind Absolventen der Wiener Juristenfakultät und besitzen das österreichische Universitätspatent für die *Wissenschaft von der Politik*, eine Disziplin, die angetreten ist, Linien für die wissenschaftliche Lenkung der Gesellschaft zu erforschen. In ihren in Österreich erkennbaren Ergebnissen ist die *Politi-*



Heinz Fischer (1983)

*ti*wissenschaft freilich nicht mehr als Moralthologie des Spätkapitalismus und trägt nichts dazu bei, „die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern“.<sup>2</sup> Fischer und Pelinka bieten ihre eigene Vergangenheit selbstgefällig und gefällig an. Die Frage stellt sich, für wen diese gefällig war. Fischer wird wenige Monate nach seiner Promotion (1961) hauptamtlicher sozialistischer Parteifunktionär, 1964 Klubsekretär und 1971 in den Nationalrat gewählt, dem er, abgesehen von seiner Funktion als Wissenschaftsminister, bis 2004, in den Jahren 1990 bis 2002 als dessen Präsident, angehört hat. Seitdem fungiert er als Bundespräsident in der imperialen Wiener Hofburg, keine Gelegenheit auslassend, um an Thomas Bernhard zu erinnern: „Die Kapuzinergruft, die Hofburg, was für unappetitliche Lächerlichkeiten, sagte er. [...] Wohin immer wir heute in

*diesem Lande schauen, wir schauen in eine Senkgrube der Lächerlichkeit, sagte Reger.*“<sup>3</sup> Aber es wäre ein Fehleinschätzung, in Fischer nur eine aus der Hofburg winkende Dekoration für den Verkauf von Manner-Schnitten zu sehen.

Pelinka, 1964 promoviert, debütierte als Journalist bei der römisch-katholischen Wochenzeitung *Die Furche* und kam über das Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung 1971 an die Universität Salzburg zum Politikwissenschaftler Norbert Leser (\*1933). Es folgte eine Lehrstelle an einer Pädagogischen Hochschule in Berlin, 1975 wurde er als Professor an die Universität in Innsbruck ernannt. Nach dreißig Jahren und kurz vor der Pensionierung ließ sich Pelinka als Klassenlehrer an die vom Finanzjongleur Georges Soros gesponserte Central European University in Budapest mieten.

## Dem US-Imperialismus zu Gefallen

Fischer, dem, so wird der gläubige Leser des auf der offiziellen Präsidenten-Homepage beworbenen Buches staunen, in seinem ganzen Leben nie ein Fehler, weder ein privater noch ein beruflicher, unterlaufen ist, rühmt sich, dass er sich schon im *Verband Sozialistischer Mittelschüler* und als Maturant antikommunistisch engagiert habe. Als 1956 in Ungarn Mitglieder der Kommunistischen Partei gelyncht wurden, sich in Budapest die vom Ausland unterstützten faschistischen Banden sammelten und vor der Machtergreifung standen, verteilte der Student Fischer antikommunistische Flugblätter. Fischer: „*Ich glaube, dass meine innere Überzeugung hinsichtlich der Notwendigkeit von Pluralismus, Demokratie und Menschenrechte durch nichts so gestärkt und gefestigt wurde wie durch die Auseinandersetzung mit den Deformationen und Verbrechen des Kommunismus – wenn ich von den Monstrositäten des Nationalsozialismus absehe.*“ Er, so Fischer, weigere sich zu akzeptieren, dass der Kommunismus links von der Sozialdemokratie stehe, „weil ‚links‘ für mich unter anderem ein Synonym für ‚systemkritisch‘, ‚gesellschaftsverändernd‘, ‚menschenrechtsorientiert‘, ‚freiheitsliebend‘ und ‚human‘ ist – Werte, die von den Kommunisten ausnahmslos mit Füßen getreten

wurden“. Im Frühjahr 1964 wird Fischer für das US-„Young Foreign Leaders Program“ rekrutiert, im Sommer 1967 war er wieder in den USA und wurde von Henry Kissinger US-Politikern als für die USA brauchbarer Kontakt in Wien vorgestellt. Fischer rühmt sich dieser Anwerbung, er habe in den USA Persönlichkeiten kennengelernt, „mit denen er lebenslang politische und teilweise auch private Kontakte pflegen wird“. Was kümmert den SPÖ-Karrieristen Fischer in diesen Jahren die Eskalation des US-amerikanischen Terrors gegen die von Ho Chi Minh in ihrem Abwehrkampf geleitete Demokratische Republik Vietnam. Fischer ist es keine Zeile wert, dass durch die US- und Satellitentruppen, die Waffen wie Napalm, Giftchemikalien und Giftgas einsetzten, mehr als drei Millionen Vietnamesen unmittelbar zu Tode gekommen sind und dass heute noch viele Kinder wegen der Vergiftungsspätfolgen mit Missbildungen oder Krebs geboren werden. Der Generalsekretär der UNO, Sithu U Thant, hatte während der Präparierung von Fischer für den US-Imperialismus in den USA am 30. Juli 1967 erklärt: „*Dieser Krieg kann solange nicht beendet werden, solange die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten nicht erkennen, daß der Kampf der Vietnamesen nicht einen kommunistischen Angriffskrieg, sondern einen nationalen Befreiungskrieg darstellt.*“ Fischer hat mit der breiten österreichischen Solidaritätsbewegung für Vietnam nichts zu tun, er schweigt diese tot, es ist ihm aber wert zu erzählen, dass er Kissinger zur Fußball-Europameisterschaft nach Wien eingeladen hat. Erich Fried, den Fischer bei entsprechendem Publikum vorgibt zu kennen, hat damals den Teilnehmern des Gerichts der Öffentlichkeit über Lyndon B. Johnson, McNamara und andere ein Gedicht gewidmet: „*Man kritisiert euch / ihr erhebt nur lautes Geschrei – / Aber das müßt ihr tun / damit nicht die Schreie verhallen / der Frauen und Kinder / die schreien unter den Bomben / der Angeklagten / und die nicht mehr schreien können.*“ Fischer hat sich vielmehr dafür eingesetzt, dass von Karl Czernetz, unter dessen Patronage er war, Artikel gesammelt und herausgegeben werden, er teilte dessen antikommunistische Propaganda, dass die nationalen



Befreiungskriege „*militärische Machtkämpfe der Kommunisten*“ seien.<sup>4</sup>

Sozialisten wie Karl Czernetz oder Franz Olah waren, wenn es im Kalten Krieg um die Geschäfte des US-Imperialismus ging, zu jeder Schandtat bereit und konnten sich dabei auf junge SP-Kader wie Fischer stützen. Fischer ist über das einmal eingelernte Verhalten nie hinausgelangt, es ist bei ihm nicht die geringste Anstrengung ersichtlich, sich persönlich oder seine Partei in irgendeiner Weise weiter zu entwickeln. Zuletzt hätte Fischer das Begräbnis von Olah (2009) für eine seriöse historische Reflexion zum Anlass nehmen können. Olah, der in den 1950er und 1960er Jahren für einen moralischen Tiefpunkt der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verantwortlich ist, wird von Fischer vielmehr als eine Persönlichkeit mit größten Verdiensten für den Aufbau der Demokratie in Österreich charakterisiert. Jeder kreative Gedanke, über die gegebene und überlieferte bürgerliche Demokratie mit ihren kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen und den damit verknüpften, immer wiederkehrenden barbarischen Resultaten hinauszugehen, fehlt. Der Spitzenfunktionär der österreichischen Sozialdemokratie Fischer denkt sklavisch das, was die Bourgeoisie von ihm erwartet. Selbst ein Norbert Leser beklagt, dass Fischer der Niedergang der Sozialdemokratie kein der Antwort würdiges Problem zu sein scheint.<sup>5</sup> Aber schon August Bebel hat über solche Akademiker wie Fischer räsoniert.<sup>6</sup>

### **Fischer schießt im Auftrag der SPÖ gegen eine akademische Randfigur und lenkt von der Duldung von NS-Richtern und –Staatsanwälten ab**

Pelinka hielt beim byzantinischen Hochamt der Vorstellung des von der Journalistin Elisabeth Horvath über Fischer geschriebenen und von diesem autorisierten Buches in der Wiener Albertina die Laudatio. Beide haben sich das verdient. Den ersten politischen Erfolg habe Fischer auf dem Weg in die Politik bei seinem Engagement im Fall des Naziprofessors Taras Borodajkewycz erungen, er sei dabei ein Vorbote von „1968“. Das wird nicht unrichtig sein, wer die Epen von so genannten 68ern Ernst nimmt. Die Sozialisten hatten sich nach der Befreiung von der NS-Herrschaft 1945 für die Universitäten nicht wirklich interessiert, dort war angeblich entnazifiziert worden, insbesondere an den juristischen und philosophischen Fa-

kultäten waren aber die Professorenkollegien kompakt reaktionär geblieben. Ein Hort der Altnazis war die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Insgesamt war es nach 1945 der österreichischen Arbeiterbewegung nicht gelungen, größere Teile der Intelligenz für ihre Ideale zu gewinnen. Im Kalten Krieg opferten die Sozialisten sogar das *Institut für Wissenschaft und Kunst* als Begegnungsstätte zwischen Wissenschaftlern verschiedener Weltanschauung. Im Aprilheft 1962 der sozialistischen Monatschrift *Die Zukunft* hat Fischer einen Kleinartikel über die Situation an Österreichs Hochschulen geschrieben. Er nennt als Beispiele für professorale Altnazis, die der studierenden Jugend demokratische Gesinnung beibringen sollen, den Theaterwissenschaftler Heinz Kindermann, den Juristen Helfried Pfeifer und unterstreicht: „*An der Hochschule für Welthandel wird die demokratische Gesinnung den Studenten unter anderen von Prof. Taras Borodajkewicz beigebracht, der unter Schuschnigg Katholikentage organisierte, aber 1938 sofort zum Naziregime übergang und der jetzt – akademischer Lehrer und Vorbild sein soll.*“ Vorausgegangen war diesem Artikel eine im Februarheft 1962 derselben Zeitschrift von Christian Broda mit dem Beitrag „Die Grenzen der Toleranz“ eröffnete Artikeldiskussion über die Frage, ob es in Österreich einen Neonazismus gibt.<sup>8</sup> Der SPÖ-Angestellte Fischer kann seinen Artikel aufgrund der Parteistrukturen nicht ohne Einvernehmen mit den Wünschen des von Oskar Pollak und Karl Czernetz dominierten Herausgeberkollegiums der sozialistischen Zeitschrift geschrieben haben.

Borodajkewicz, der den vom sozialistischen Staranwalt Wilhelm Rosenzweig verteidigten Fischer den großen Gefallen getan hat wegen Ehrverletzung zu klagen, war im Universitäts- und Hochschulleben Österreichs eine randständige und einflusslose Figur. Er hatte an der Hochschule für Welthandel seine wirtschaftsgeschichtlichen Vorlesungen mit von Ferdinand Lacina protokollierten, von neonazistischen Studenten applaudierten antisemitischen Ausfällen geschmückt, was zu einer nicht nur von Studenten getragenen Protestbewegung führte. Bei einer Demonstration in der Wiener Innenstadt am 31. März 1965 wurde das 67-jährige Mitglied der KPÖ Ernst Kirchwegger niedergeschlagen, er starb an den erlittenen Verletzungen am 2. April 1965. 1966 zogen der zum Sekretär des Klubs der sozialistischen Ab-

geordneten zum National- und zum Bundesrat avancierte Fischer und die SPÖ im *Europa Verlag* eine publizistische Rendite und veröffentlichten eine Dokumentation zum Fall des inzwischen mit vollen Bezügen pensionierten Borodajkewicz. Dieser hat im übrigen in Historikerkreisen nichts an Reputation verloren, in einem Besetzungsvorschlag für die Innsbrucker Lehrkanzel für Allgemeine Wirtschafts- und Sozialgeschichte wird er in der Präambel ehrend genannt. Unter den von Fischer gesammelten und vom stramm antikommunistischen Hugo Pepper in Supervision ausgewählten Pressestimmen wird zuletzt *Die Furche* mit einem Artikel „*Das Ende einer Affäre*“ (21. Mai 1966) zitiert, der im metaphysischen Schlusssatz endet: „*Ein Symptom wäre bereinigt. Wer wagt sich an die Ursache?*“ Eine der Ursachen verdeutlichte diese Dokumentation selbst, denn jede Nähe der SPÖ in ihrer Auseinandersetzung mit Borodajkewicz zur kommunistischen Partei wird sorgfältig ausfiltriert. Das Wissen um den Kampf der KPÖ für eine Säuberung des akademischen Lebens von Altnazis sollte der Öffentlichkeit vorenthalten werden. In der kommunistischen *Volksstimme* war aber andauernd über die Affäre Borodajkewicz berichtet worden.<sup>9</sup> Zum Tod von Kirchwegger druckte *Weg und Ziel*, die Theoriezeitschrift der KPÖ, eine Zeichnung von Georg Eisler ab.<sup>10</sup> Aus Anlass des Begräbnisses, an dem, wer sich auf die Meldung der von Fischer dokumentierten *Arbeiter-Zeitung* am 9. April 1965 allein verlassen würde, nur sozialistische Regierungsmitglieder und eine ÖVP-Delegation, aber keine Kommunisten teilgenommen hätten, hat Erwin Scharf in der *Volksstimme* (8. April 1965) den Leitartikel: „*Es war politischer Mord*“ geschrieben.

Fischer hat es sich erspart, Kritik an der fortgesetzten Tätigkeit von NS-Staatsanwälten und -Richtern zu üben, das wurde von seinem „*politischen Mentor*“ Chris-

#### [www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)

- Informationen über Ziele und Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT.
- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* der Jahrgänge 1994–2009 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der KPÖ.
- Publikationen des Verlages der AKG und Bestellmöglichkeit.

tian Broda eben nicht gewünscht. Christian Broda war seit 1959 im Nationalrat, von 1960 bis 1966 und von 1970 bis 1983 amtierte er als Justizminister, er hat sich außerordentliche Verdienste um die Humanisierung des österreichischen Strafrechts erworben und er ist in späteren Jahren konkret für die unteilbaren Menschenrechte eingetreten. Sicher ist auf dem österreichischen Justizsektor unter der Leitung von Broda mehr an Reform passiert als auf irgendeinem anderen Sektor des gesellschaftlichen „Überbaus“. Zu den Widersprüchen seiner Persönlichkeit gehört, dass er eine öffentliche Diskussion um die Weiterverwendung von belasteten ehemaligen NS-Juristen im österreichischen Justizdienst abwürgen wollte.<sup>11</sup> Eine solche zu führen hat mindestens seit 1961 vor allem Eduard Rabofsky, dessen Name in den Büchern von Fischer naturgemäß nicht vorkommt, versucht. Rabofsky war eben nicht nur „ehemaliger Widerstandskämpfer“, sondern hat sich seit 1945 als Kommunist und Jurist für die Arbeiterklasse und für ein neues Österreich eingesetzt.<sup>12</sup> Einer der engsten Berater von Christian Broda war Friedrich Nowakowski, der Strafrechtsprofessor an der Innsbrucker Universität und ein zweifellos brillanter Jurist war, allerdings mit blutiger Vergangenheit in Wien. Als Nazi-Staatsanwalt hat er „im Namen des deutschen Volkes“ für den 24-jährigen Rudolf Schalplachta und den 25-jährigen Johann Schalplachta, beide tschechische landwirtschaftliche Hilfsarbeiter, wegen Abhörens und Verbreitens von Nachrichten des Londoner Senders die Todesstrafe erreicht.<sup>13</sup> In Wien und in Innsbruck wurde viele Jahre nach 1945 der Ausspruch von Nowakowski kolportiert: „Diesen Kopf hole ich mir auch noch!“ Es ist schwer verständlich, dass Broda im Einverständnis mit Bruno Kreisky bei Nowakowski im Spätsommer 1969 anfragte, ob er allenfalls für die SPÖ ein Mandat als Abgeordneter zum Nationalrat übernehmen würde. Inhaltlich begründet war für die SPÖ diese Einladung mit dem Bestreben, Fachleute für jeweils besonders aktuelle Problemkreise in das Parlament zu schicken. Nowakowski hat abgelehnt, seine Liebe zum akademischen Lehramt und zur Forschung, auch seine Glaubwürdigkeit als unabhängiger Lehrer und Forscher „unter einer politischen Funktion“ für die SPÖ würde leiden.<sup>14</sup> Wahrscheinlich dürfte er aber doch über eine eventuelle öffentliche Diskussion über seine Vergangenheit in der Nazijustiz besorgt gewesen sein.

Fischer hat sich 1978 an der Innsbrucker Universität auf Anregung von Hans Klecatsky für Politikwissenschaft (*Wissenschaft von der Politik und Parlamentsrecht*) habilitiert. Vorsitzender der Kommission war Ferdinand O. Kopp, Mitglied der Habilitationskommission auch Nowakowski. Grundlage waren banale Schriftsätze mit dem üblichen Zitatentwurf. Irgendwelche Probleme bei Fischers Bewerbung waren von Seiten der rechtswissenschaftlichen Fakultät keine zu erwarten, jedes ihrer Mitglieder konnte sich ein kleineres Geschäft erhoffen.

### Begegnungen ohne Begegnung

Bruno Kreisky hat, soweit ihm das möglich war, versucht, die Neutralität Österreichs aktiv für friedensvermittelnde Aktionen zu nutzen. Fischer ist durch das internationale Ansehen, das Kreisky zweifellos hatte, und aufgrund seiner aufsteigenden Parteifunktionen einigen politischen Persönlichkeiten begegnet, die tatsächlich für Freiheit und Frieden der Völker und insgesamt für den Fortschritt der Menschheit gekämpft haben. Fischer renommiert also mit seiner Bekanntschaft mit Nelson Mandela und lässt sozusagen zum optischen Beweis ein Foto abdrucken. Aber ist er Mandela tatsächlich begegnet? So wie man reisen kann ohne sich je fortzubewegen, so können Begegnungen ohne Begegnung, seien sie persönlich oder literarisch, stattfinden. In den Erinnerungen von Mandela wird Fischer nicht erwähnt, Mandela hat seit seiner Befreiung massenweise Fototermine mit sich hindrängenden Politikern wahrnehmen müssen. Als Befreiungskämpfer und Häftling hat Mandela gelernt:

„Ich besorgte mir die vollständigen Werke von Marx und Engels, Lenin, Stalin, Fidel Castro, Ho Chi Minh und Mao Tse-Tung und vertiefte mich in die Philosophie des dialektischen und historischen Materialismus. Doch hatte ich nur wenig Zeit, diese Werke gründlich zu studieren. Während das Kommunistische Manifest mich anregte, erschöpfte mich ‚Das Kapital‘. Die Idee einer klassenlosen Gesellschaft hatte auf mich eine starke Anziehungskraft [...] Der Gedanke, daß die Geschichte durch Kampf fortschreitet und Wandel sich in revolutionären Sprüngen vollzieht, war gleichfalls anziehend. Die Lektüre marxistischer Werke vermittelte mir viele Informationen über jene Art von Problemen, denen sich ein praktischer Politiker gegenüber sieht. Marxisten hatten schon lange nationale Befreiungsbewegungen unterstützt, und die Sowjetunion im be-

sonderen die nationalen Kämpfe vieler Kolonialvölker [...]“<sup>15</sup>

Niemand wird erwarten, dass Fischer sich dem Denken von Mandela auch nur angenähert hat. Aber Fischer nimmt auch auf seine Begegnungen mit Büchern Bezug. Ohne weiteren Kommentar lesen wir, er habe als Mitglied des *Verbandes Sozialistischer Mittelschüler* so nebenbei Hegel diskutiert. Wie und auf welcher Basis, das bleibt sein Geheimnis, dafür schätzt er, das immerhin, als lesenswerte Information ein, er sei der „Sohn aus behütetem Elternhaus, stets sportlich zwar, aber dennoch adrett gekleidet [gewesen], ähnlich seinen Mitschüler-Gymnasiasten in Hemd, Pullover und Hose“. Die harte Denkarbeit, um die Rose im Kreuz der Gegenwart zu pflücken, hat sich Fischer jedenfalls nicht angetan, weder damals noch später. Als Student habe er „seinen Marx“ gelesen. Mehr als Pidgin für gelegentliche linke Konversation ist nicht herausgekommen und Pelinka bestätigt gerne, was freilich eine Fleißaufgabe ist, es sei falsch, den jungen Fischer als Marxisten zu bezeichnen.

Fischer legendisiert mit Stolz seine Nähe zu Kardinal Franz König. Dabei spekuliert er mit dem hohen Ansehen, das Kardinal König im Gedächtnis der katholischen österreichischen Bevölkerung hat. Dieser hat es gut verstanden, Gewerkschaften und Sozialdemokratie für die Interessen der römisch-katholischen Kirche zu gewinnen. In die Amtszeit von Kardinal König fällt der Dialog zwischen Christen und Marxisten, Karl Rahner hat das Gemeinsame des christlichen und marxistischen Humanismus hervorgehoben und betont, dass das Christentum ebenso wie der Marxismus keine konkrete Zukunft der Menschheit vor sich haben. Das Gespräch darüber ist nicht die Sache von Fischer, er geht mit Kardinal König spazieren, der lobt brav das von Margit Fischer zubereitete Essen. In der Familie Fischer wird ein Spazierweg nach Kardinal König benannt. Und sonst? Fischer macht sich für kirchliche Würdenträger interessant, er heiratet „nur standesamtlich“ und gibt sich als Agnostiker, bleibt aber Mitglied der römisch-katholischen Kirche. Aus dieser tritt er, tapfer wie Fischer nun einmal ist, aus Anlass der Affäre um Kardinal Hans Hermann Groer aus. Aber: „Meinen Religionsunterricht möchte ich nicht missen.“ Wie oberflächlich bleibt alles! Kardinal König wird ihm doch sicher gelegentlich erläutert haben, dass über die Kirche nicht mit dem Blickwinkel auf den höheren oder niedrigeren Fähigkeits-

grad von Amtsträgern oder von Christen geurteilt werden kann. Spaziergang mit Kardinal König also, ist Fischer auch mit dem Präsidenten des ÖGB Fritz Verzetnitsch, der, wie Fischer, Mitglied des Bundesparteipräsidiums der SPÖ war, oder mit einem Betriebsrat spazieren gegangen? Solche Wanderungen mit Vertretern der zeitnahen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, wenn sie denn stattgefunden haben, wird Fischer für seine Reputation als abträglich erachten.

### Eine SPÖ-Intrige wird im Interesse Israels und der USA zur Affäre Waldheim

Die Pflichterfüllung von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger in der Hitler-Wehrmacht wurde nie zur Diskussion gestellt. Als Hauptmann und Taktiklehrer der Hitler-Wehrmacht in der Offiziersschule Wiener Neustadt hat Kirchschläger ein letztes Aufgebot von etwa 1.200 Fahnenjunkern am 31. März 1945 gegen die zum Angriff auf Wien ansetzenden sowjetischen Truppen geführt. Ein völlig sinnloser Einsatz, der für hunderte junge Männer, deren Durchhaltekommandeur seine Pflicht erfüllte, mit dem Tod endete.<sup>16</sup> Auch Kurt Waldheim war ein Pflichterfüller, seine Tätigkeit als Ordonnanzoffizier bei der Wehrmacht am Balkan, die sich in nichts vom Durchschnitt der zur Deutschen Wehrmacht eingezogenen Österreicher unterscheidet, wurde im Wahlkampf um das Präsidentenamt 1986 zu einer Staatsaffäre. Fischer schreibt, dass durch eine Recherche bekannt geworden sei, „dass Waldheim als Soldat in einer Heeresgruppe war, in der auch SS-Verbände Dienst gemacht hätten“, in seiner Autobiografie<sup>17</sup> habe er das nicht erwähnt. Über die Vergesslichkeit österreichischer Bundespräsidenten ließe sich nun einiges sagen. Karl Renner hat nach der Befreiung 1945 sein freudiges „Ja“ zum „Anschluss“ ebenso vergessen wie seine Argumentation für den Angriff der Nazis auf die Tschechoslowakei.<sup>18</sup> Devot hat Renner am 15. April 1945 Stalin einen Brief geschrieben, er sei für die Wiedererweckung Österreichs bereit. Mit der Kampagne gegen Waldheim habe Fischer nichts zu tun gehabt, was ihm Andreas Khol bestätigt habe. Ein in einem Innsbrucker Antiquariat 1985 von einem SPÖ-Mitglied zufällig gefundenes Foto, das Waldheim in Wehrmachtsuniform auf einem Flugplatz auf dem Balkan zeigt, machte in Wiener SPÖ-Kreisen die Runde und gab dort Anstoß zur Überlegung, vielleicht sei die Kriminalisierung

der Wehrmachtstätigkeit von Waldheim irgendwie für den SPÖ Kandidaten nützlich. Die SPÖ hat gute Kontakte, schon bald wurde vor allem in US-amerikanischen Medien Waldheim bezichtigt, direkt an Wehrmachtsverbrechen beteiligt gewesen zu sein. Belege wurden keine beigegeben.<sup>19</sup> Mit der Vergesslichkeit eines österreichischen Bundespräsidenten werden sich die Auflagenzahlen der US-Medien in der Regel nicht steigern lassen. Waldheim ist allerdings als Generalsekretär der UNO (1972–1981) mit seiner Friedenspolitik in Konfrontation mit den machtpolitischen Interessen der USA und Israels gekommen. Im Generalsekretariat von Waldheim wurde durch die UNO-Vollversammlung mit der Resolution 3379 (10. November 1975) der Zionismus als eine Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung verurteilt. Kreisky hat dieser Auffassung zugestimmt und die von Israel verursachte Tragödie des palästinensischen Volkes wiederholt beklagt. Waldheim wurde von den Friedenskräften in der ganzen Welt sehr geschätzt, er betonte öfters, dass der Erfolg der Bemühungen für Rüstungsstopp und Abrüstung von der öffentlichen Meinung mitbestimmt werde und dass eine „informierte Weltöffentlichkeit“ große Bedeutung habe. In einem von Thomas Schönfeld, der eine repräsentative Persönlichkeit der österreichischen Friedensbewegung war, gezeichneten Rundschreiben des *Österreichischen Koordinierungskomitees für Friedensarbeit* von Ende Jänner 1978 wird darauf separat hingewiesen. Waldheim war auch der Meinung, dass Österreich an seiner neutralen Politik im Interesse Österreich, Europas und der Welt festhalten müsse. Andrej Gromyko hebt diesen Aspekt des Wirkens von Waldheim besonders hervor.<sup>20</sup> Indem die Wehrmachtsvergangenheit von Waldheim als Kriegsverbrechervergangenheit dargestellt wurde, sollten seine friedenspolitischen Initiativen als Generalsekretär in Misskredit gebracht werden. In Österreich fanden sich genug Kollaborateure der USA und Israels, die vorgaben, Österreich mit der an sich durchaus positiv zu sehenden Diskussion über Österreichs Vergangenheit eine neue moralische Identität zu geben. Tatsächlich aber verlor die neutrale und unabhängige Republik ihre Handlungsfähigkeit im Interesse des Friedens. Die aktionistischen heimischen Demonstranten feilen inzwischen an ihrem Mythos. Fischer tut nichts, er bleibt in dieser für Österreich wichtigen Auseinandersetzung bloß ges-



1960 von der KPÖ herausgegebene Broschüre „Nie wieder Habsburg“.

tikulierender Moralist, als stellvertretender Parteiohmann der SPÖ vermeidet er eine politische Erklärung. Er begnügt sich zu sagen, das Problem von Waldheim sei sein Satz von der „Pflichterfüllung“ in der Deutschen Wehrmacht. Seiner Formulierung, dass das von einem Kandidaten für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten nicht akzeptabel sei, kann aber zugestimmt werden.

Der konservativ-bürgerliche Reaktionär Andreas Khol lobt Fischer, er habe dem Präsidentenamt „wieder Glanz“ gegeben. Fischer ist der Gedanke, als Sozialdemokrat vielleicht doch in Richtung Reaktion gegangen zu sein, fremd. Kohl dürfte an den Empfang von Otto Habsburg durch Fischer einige Monate nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten gedacht haben. Fischer begründet, er habe Otto Habsburg eingeladen, weil er „ein ungebrochenes Verhältnis zu unserer Geschichte“ habe.<sup>21</sup> Das erläutert er noch mit dem Hinweis, dass die österreichische Sozialdemokratie oft als „k. u. k. Sozialdemokratie“ bezeichnet worden sei und Renner zu Ende der Monarchie davon überzeugt gewesen sei, dass man alles tun müsse, damit die Monarchie weiterexistieren könne. Allerdings hätte Fischer auch an den Staatskanzler Renner erinnern können, der meinte, das Erzhaus habe sich ausgelebt und überlebt, die Zukunft heißt: „Allgemeine Freiheit des ganzen Volkes“. Hans J. Thalberg, langjähriger außenpolitischer Mitarbeiter von Bruno Kreisky, schreibt: „Längst steht der Name Otto Habsburg nicht mehr für ein gesundes österreichisches Nationalbewusstsein, sondern für

## Einladung

an alle Mitglieder  
der *Alfred Klahr Gesellschaft* zur

### außerordentlichen Generalversammlung



**24. Juni 2010**  
18 Uhr

**Café 7Stern**  
Siebensterngasse 31  
1070 Wien

#### Tagesordnung:

### Änderung des Statuts

Und zwar in Bezug auf § IX (1) von „Die ordentliche Generalversammlung findet einmal im Jahr statt“ auf „Die ordentliche Generalversammlung findet alle zwei Jahre statt“

und hinsichtlich § IX (2) von „Eine außerordentliche Generalversammlung hat auf Beschluss des Vorstandes oder der ordentlichen Generalversammlung auf schriftlich begründeten Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder oder auf Verlangen der Rechnungsprüfer binnen sechs Wochen stattzufinden“ auf „Eine außerordentliche Generalversammlung hat auf Beschluss des Vorstandes oder der ordentlichen Generalversammlung auf schriftlich begründeten Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder oder auf Verlangen der Rechnungsprüfer binnen sechs Wochen stattzufinden“.

#### Begründung:

Die erste Änderung erscheint auf Grund der bisherigen Erfahrungen zweckmäßig, da bei Bedarf ohnedies jederzeit außerordentliche Generalversammlungen einberufen werden können. Die zweite Änderung erfolgt über Aufforderung der Vereinsbehörde und stellt eine notwendige Anpassung an das Vereinsgesetz in seiner gültigen Fassung dar. Die bereits in der Generalversammlung vom 16. Dezember 2009 beschlossene Änderung hinsichtlich Absatz 1 ist wegen eines Formmangels von der Behörde nicht zur Kenntnis genommen worden, weshalb es einer erneuten Beschlussfassung bedarf.

**Der AKG-Vorstand**

ein verschwommenes *Abendländertum bayrischen Anstrichs*.<sup>22</sup> Otto Habsburg, der in der USA-Emigration seine dynastischen Regierungsansprüche über die Interessen von Österreich gestellt hat, der hetzerischer Bündnispartner der reaktionärsten Kräfte Europas im Kalten Krieg war, der gegen die Neutralität Österreichs opponiert und 1956 die militanten klerikalen Kräfte in Ungarn organisiert hat, war nie an der Seite des österreichischen Volkes zu finden. Es ist erbärmlich, dass Fischer die österreichische Arbeiterbewegung und mit ihr das österreichische Volk mit seinem Empfang dieses Repräsentanten einer Räuberdynastie derart erniedrigt hat. Fischer täuscht das österreichische Volk wiederholt. Hat der EU-Beitritt entgegen der Beteuerungen die Neutralität Österreichs schon verletzt, so ist darüber hinaus die Souveränität insbesondere durch den vom Fischer mit Unterstützung willfähriger Experten wie Ludwig Adamovich am österreichischen Volk vorbei ratifizierten Lissabon-Vertrag (2008) weitgehend eingeschränkt worden. Die österreichische Verfassung bleibt Papier in den Händen der Gewalthabenden. Indem Fischer als Bundespräsident wie seinem Amtsvorgänger Wilhelm Miklas, der dem „Anschlussakt“ zugestimmt hat, sämtliche Privilegien verbleiben, wird aber dem österreichischen Volk eine Art Souveränität vorgegaukelt.

### Erinnerungen kommen auf den Hund

Engelbert Broda, Bruder von Christian Broda, war ein hoch angesehener Physikochemiker und aus seinem Verständnis für die Verantwortung des Wissenschaftlers heraus ein unermüdlicher Friedenskämpfer. Zum Unterschied von seinem Bruder hat er der kommunistischen Bewegung die Treue gehalten, obschon er deswegen in seiner Universitätslaufbahn Sanktionen ausgesetzt war. Engelbert Broda ist am 26. Oktober 1983 verstorben, bei seinem Begräbnis hat Fischer, damals Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, eine Rede gehalten und dessen „maximalen persönlichen Beitrag“ für eine friedlichere Welt hervorgehoben. In seinen 1998 publizierten Reflexionen bezeichnet Fischer Engelbert Broda als sensiblen Intellektuellen und kunstinteressierten „Eurokommunisten“, in dessen Biographie „*sich so viele Höhen und Tiefen, Wege und Irrwege unserer Vergangenheit widerspiegelt*“ hätten.<sup>23</sup> Wenn es ihm passend erscheint, rühmt Fischer sich mit seiner Bekannt-

schaft mit „Berti“.<sup>24</sup> 2006 (Überzeugungen) und 2009 löscht Fischer den Namen von Engelbert Broda aus seinen Erinnerungen, stattdessen bekommt jetzt *Othello*, das ist der Hund der Familie von Christian Broda, die Ehre des Gedenkens.<sup>25</sup>

### Leere Tiefe

Fischer ist ein zur höchsten Staatswürde gelangter Vertreter des Apparats der Sozialdemokratie in ihrem Übergang von einer reformistischen Bewegung zur verfaulenden Stagnation. Seit frühen Jahren hat er gelernt, sich richtig zu verhalten. Keine moderne Partei kann ohne einen Apparat auskommen. Es ist unvermeidbar, dass die angestellten, in eine strikte hierarchische Ordnung eingegliederten Funktionäre den politischen Weg der Partei wesentlich bestimmen. Der Parteiapparat ist stabil, seine Finanzgebarung kann er unabhängig von den Beiträgen der Parteimitglieder gestalten, auch deshalb ist er auf die innerparteiliche demokratische Mitbestimmung nicht wirklich angewiesen. Fischer war seit den sechziger Jahren in der Führungsetage der SPÖ, er ist also mit verantwortlich dafür, dass diese im Sumpf der Gegenwart angekommen ist. An wen denkt Karl Kraus, wenn er von „*Berufspolitikern und ähnlichen Parasiten am Geiste und am Blute*“ spricht?<sup>26</sup> Es müssen die Fischers und Pelinkas gewesen sein, sie hat es, vielleicht nicht in diesem massenhaften Auftreten wie in der Gegenwart, in der bürgerlichen Gesellschaft schon immer gegeben. Pelinka hat sich mit seiner kleinbürgerlich demokratischen Phraseologie als Ikone der österreichischen Politikwissenschaft etabliert, er versteht es vielleicht ein bisschen besser als Fischer, sich als kritischer Intellektueller zu geben. Armin Thurnher, Praktiker der linkstrendigen Wochenmeinung, bezeugt ihm, er sei „*zwischen allen Sesseln fest auf dem Lehrstuhl*“, sein Buch demonstriert „*seine nüchterne, luzide Art, die Dinge zu beschreiben*“.<sup>27</sup>

Seine wissenschaftliche Position unterstreicht Pelinka mit einer Episode aus seinem Professorenleben. Er habe sich 1980 und 1981 bemüht, mit Unterstützung des von Karl Stadler (früher Stavaritsch) in Linz geleiteten *Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung* eine Außenstelle dieses Instituts an der Innsbrucker Universität zu bekommen. Das sei nicht gelungen, weil er bei Granden der Sozialdemokratie in erkennbare und spürbare „*Ungnade*“ gefallen sei. Soweit so unwissenschaftlich und mies! Wegen einer Kleinintrige und ohne

Boltzmann-Institut ist für Pelinka, der 1972 ein von Stadler veröffentlichtes Buch über die christliche Arbeiterbewegung in Österreich geschrieben hat,<sup>28</sup> die Geschichte der Arbeiterbewegung kein Thema mehr. Nichts hätte ihn, den hofierten Ordinarius an der Innsbrucker Universität, hindern können, einen solchen Forschungsschwerpunkt zu installieren. Mit dem opportunistischen Innsbrucker CV-Milieu hat sich Pelinka gut arrangiert, das geht so weit, dass er zwar lamentiert, dass die Universität Innsbruck nach 1945 „den führenden Funktionär der nationalsozialistischen Studenten Innsbrucks“ zum Ehrensensator gemacht habe, dessen Name Hans Martin Schleyer aus vornehmer Rücksichtnahme auf den Deutschen Freundskreis der Innsbrucker Universität aber nicht nennt. Schleyer war nicht nur in Innsbruck Nazifunktionär, sondern hat sich in Prag bei der „Arisierung“ der tschechischen Wirtschaft und Beschaffung von Zwangsarbeitern beteiligt. Der Blick für das Wesentliche ist Pelinka, soweit er ihn gehabt hat, rasch abhanden gekommen, die vielen Verstrickungen mit dem oft skurrilen Alltag der österreichischen Politik lassen trotz vieler Reisen eine wahrhaft liberale und weltoffene Gesinnung, die er haben will, gar nicht mehr zu.

Pelinka, Mitglied der Innsbrucker professoralen Reisekader nach New Orleans, mag im allgemeinen für Frieden und Abrüstung sein, konkret zeigt er sein Einverständnis mit den verbrecherischen Militäraktionen Israels, der USA und der EU und wird so an ihnen mitschuldig. In Bezug auf Israel nimmt er Partei für jede Gewalttat der israelischen Armee gegen die Palästinenser. Es mache ihn zornig, dass den 1948 vertriebenen und geflohenen Palästinensern „eine Art Opfermonopol“ konzediert werde. Aber, so der Herr Universitätsprofessor: „Das israelische Opfernarrativ gründet natürlich zuallererst auf dem Holocaust. Ohne den europäischen Antisemitismus hätte es keinen politisch relevanten Zionismus gegeben. Und ohne den Holocaust ist die Gründung des Staates Israel nur schwer vorstellbar. Eben deshalb sind die konsequentesten Gegner Israels diejenigen, die den Holocaust leugnen.“ Pelinka spekuliert wie Fischer, der Israel mehrmals bereist hat und von der österreichischen Mitverantwortung für die NS-Verbrechen spricht, mit dem Leid, das den Juden in der Geschichte widerfahren ist, um die massiven Menschenrechtsverletzungen der israelischen Besatzungsmacht in den palästinensischen Gebieten

zu rechtfertigen. Zum völkerrechtswidrigen Überfall der USA und ihrer Verbündeten, allen voran der Sozialist, britische Premierminister und Kriegsverbrecher Tony Blair, auf den Irak fällt ihm nichts anderes ein als zu kommentieren, dass dieser „dem vulgären Antiamerikanismus in Europa Munition lieferte“. Pelinka ist sensibel und will nicht vulgär sein, deshalb unterstützt er elitär den politischen Kurs jener Kräfte, welche die Liquidierung der im österreichischen Volk hoch angesehenen Neutralität Österreichs und dessen Eingliederung in die militärischen Funktionen der EU vorantreiben. Die Neutralität sei so Pelinka, „in mehrfacher Hinsicht billig“. Anstatt als Politikwissenschaftler die Möglichkeiten der Neutralität für friedenserhaltende und friedensvermittelnde Politik aufzuzeigen, diskreditiert er Neutralität als „eine Art Balkon der Weltpolitik“.

Erschreckend ist, wie Pelinka über den ersten kriegerischen Gewaltakt der EU hinweg schreibt: „Mir wurde der Wert eines geeinten Europas deutlich, als der Zusammenbruch Jugoslawiens – Folge der Demokratisierung der sechs Teilrepubliken – eine Kette von kriegerischen Auseinandersetzungen an Österreichs Grenzen auslöste. Das ‚small is beautiful‘, das längere Zeit hindurch einen österreichischen Sonderweg zu rechtfertigen schien, war nun viel weniger attraktiv: Im Südosten Österreichs zerfleischten sich die souverän gewordenen Kleinststaaten in Kriegen und Bürgerkriegen.“ Anstatt über die Mitverantwortung der österreichischen Politik mit dem „Sondermaßnahmen“ gegen die Serben verlangenden Kriegshetzer Alois Mock an der Spitze für das Auseinanderbrechen des friedlich zusammenlebenden Vielvölkerstaates Jugoslawiens, anstatt über den von seinem



## Neuerscheinung

Manfred Mugrauer (Hg.):

### 90 Jahre KPÖ

Studien zur Geschichte der  
Kommunistischen Partei Österreichs

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009  
(Quellen & Studien, Sonderband 12), 348 S., 15,-  
ISBN 978-3-9501986-8-3

#### Inhalt

#### I. Dokumentation des Symposiums

Hans Hautmann: *Die KPÖ in der österreichischen Revolution 1918/19*  
Winfried R. Garscha: *Grundlinien der Politik der KPÖ 1920 bis 1945*  
Manfred Mugrauer: *Die Politik der KPÖ in den Jahren 1945 bis 1955/56*  
Hans Hautmann: *Die KPÖ in den 1960er bis 1990er Jahren*

#### II. Einzelstudien

Heimo Halbrainer: *Die KPÖ in Graz 1918/19*  
Hans Hautmann: *Die Untersuchungskommission des Arbeiterrats über die Vorfälle des 15. Juni 1919 in Wien*  
Christine Kanzler: *Proletarisches Theater in der Ersten Republik*  
Simon Loidl: *Illegalität im Exil. Österreichische KommunistInnen in den USA*  
Heimo Halbrainer: *„Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln“ – Kommunistischer Widerstand in der Steiermark 1938 bis 1945*

Martin Krenn: *„Es ist nicht länger zu ertragen!“ – Zur Agrarpolitik der KPÖ im Burgenland*  
Manfred Mugrauer: *„Oft setzte man sich über vernünftige Argumente hinweg...“. Die krisenhafte Entwicklung der KPÖ in den Jahren 1968 bis 1971*

#### III. Politikfelder und AkteurInnen

Gerhard Oberkofler: *Wissenschaft und Kommunistische Partei in Österreich*  
Alexander Dinböck: *„Die größte sozialpolitische Errungenschaft war die Verstaatlichte“. Interview mit Karl Rußheim*  
Irma Schwager: *Kommunistische Frauenpolitik in der Nachkriegszeit*  
Ernest Kaltenegger: *Die KPÖ Steiermark – kommunistische Politik heute*  
Franz Stephan Parteder: *90 Jahre KPÖ und die Herausforderungen der Gegenwart*

#### Bestellmöglichkeit:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT  
klahr.gesellschaft@aon.at

Freund und Moralthologen Herwig Büchele gerechtfertigten illegalen US- und NATO-Bombenkrieges,<sup>29</sup> der hunderte Menschen tötete und hunderttausende Menschen vertrieb, oder anstatt über die wieder unter österreichischer Beteiligung betriebene Installierung korrupter Regime am Balkan durch die EU zu orientieren, sind für Pelinka die Bomben Eröffnungsmusik der Demokratie. Pelinka ist Schreibtischtäter für die Geld- und Machtinteressen der EU. Er spricht von einer „*Kakophonie national-staatlicher Interessen*“ und benützt in diesem Zusammenhang wieder die Gelegenheit, die Neutralität Österreichs auf den Markt zu werfen. Das war bei Pelinka nicht immer so, woran er aber nicht erinnern will. Als die katholisch-kleinbürgerliche Linke mit Anfang der 1970er Jahre aus verschiedenen Gründen in Opposition zum bestehenden System gekommen ist, hat sich auch Pelinka in die österreichische Friedensbewegung hinein begeben und mit anderen österreichischen Wissenschaftlern und Künstlern an Nixon ein Telegramm (16. Mai 1970) geschickt, mit dem gegen die Ausweitung des Krieges in Indochina durch den Überfall der USA auf das neutrale Kambodscha protestiert wird. Die Erfahrungen der 1970er Jahre haben gezeigt, dass die bis dahin vereinbarten Abkommen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auf Initiative der sozialistischen Staaten zurückgegangen ist, während die reaktionären Gegner der Entspannung diese Vorschläge zunächst diffamiert und bekämpft haben. Pelinka war Ende Oktober/Anfang November 1978 Mitglied einer kleinen Delegation des *Österreichischen Koordinierungskomitees für Friedensarbeit*, das Gespräche mit dem *Sowjetischen Komitee zum Schutz des Friedens* geführt hat. Es ist zu einem gemeinsamen, von ihm mit unterzeichnetem Dokument (3. November 1978) gekommen, das feststellt, dass die Menschheit durch die Einführung neuer Arten von Waffen, vor allem neuer Typen von Kernwaffen wie der Neutronenbombe und von Trägersystemen für Massenvernichtungswaffen bedroht ist. Im Rückblick wird diese Stellungnahme für Pelinka zu „einseitig“ gewesen sein, weshalb er reduziert und diffamiert. Es habe sich um Gespräche „zwischen österreichischen und sowjetischen Wissenschaftlern in Moskau“ und Minsk gehandelt und: „*Der sowjetischen Seite ging es natürlich nicht um eine offene Diskussion, sondern darum, ihren politischen Auftrag zu erfüllen.*“ Der Antikommunismus zieht sich

als roter Faden durch die Erinnerungen von Pelinka, die Widmung seines Buches an Zdenek Mlynar und Hermann Langbein unterstreicht das, beide haben sich von devoten Anbetern Stalins zu nützlichen Figuren von „*Freiheit und Democracy*“ (Bertolt Brecht) gewendet. Mit Langbein tritt Pelinka nebenbei gegen den verdienstvollen Gründer des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* Herbert Steiner hin, weil dieser Kommunist geblieben ist.

Die Erinnerungen von Fischer und Pelinka sind nützlich, sie können deutlich machen, wie es sich zwei Propagandisten des Imperialismus im österreichischen Volk angenehm gerichtet haben.

*Elisabeth Horvath: Heinz Fischer. Die Biografie. Wien: Kremayr & Scheriau 2009. 255 S., 23,-*

*Anton Pelinka: Nach der Windstille. Eine politische Autobiografie. Wien: Lesethek 2009, 239 S., 21,90-*

#### Anmerkungen:

1/ Heinz Fischer: Die Kreisky-Jahre. 1967–1983 (Sozialistische Bibliothek), Wien 1993; ders.: Reflexionen. Wien 1998; ders.: Überzeugungen. Eine politische Biografie. Unter Mitarbeiter von Alfred Reiter. Wien [u.a.] 2006; Anton Pelinka: Windstille. Klagen über Österreich. Wien–München 1985; Ellen Palli/Bettina Posch/Elisabeth Rieder: Begegnungen mit Anton Pelinka. Innsbruck 2006.  
2/ „Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern.“ Bertolt Brecht: Leben des Galilei. Zit. nach: Die Stücke von Bertolt Brecht in einem Band. Frankfurt/M. 1978, 537.

3/ Thomas Bernhard: Alte Meister. Frankfurt/M. 1985, 121.

4/ Karl Czernetz: Europa und der Frieden. Wien–Frankfurt/M.–Zürich 1968, 247.

5/ Norbert Leser: „... auf halben Wegen und zu halber Tat ...“. Politische Auswirkungen einer österreichischen Befindlichkeit. Wien–München 2000, 171.

6/ Akademiker und Sozialismus. Vortrag in der öffentlichen Studentenversammlung zu Berlin am 14. Dezember 1897. In: Ausgewählte Reden und Schriften 4, München [u.a.] 1995, 234–254.

7/ *Die Zukunft* 1962, 109f.; Erich Schmidt/Albrecht K. Konecny: „Heil Borodajkewycz!“ Österreichs Demokraten im Kampf gegen Professor Borodajkewycz und seine Hintermänner. Wien–München 1966; Heinz Fischer (Hg.): Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz. Wien–Frankfurt/M.–Zürich 1966.

8/ *Die Zukunft* 1962, 33f.

9/ Vgl. bes. den Artikel „Die drei demokratischen Parteien einig gegen den braunen Ungeist an

Hochschulen“. *Volksstimme*, 27.3.1965.

10/ *Weg und Ziel* 1965, 317.

11/ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz: Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten. Wien 2005, 197.

12/ Eduard Rabofsky: Wider die Restauration im Recht. Ausgewählte Artikel und Aufsätze. Hg. von Wolfgang Maßl u.a., Wien 1991. Über Rabofsky Gerhard Oberkofler: Eduard Rabofsky (1911–1994). Jurist der Arbeiterklasse. Innsbruck–Wien 1997.

13/ Susanne Lichtmanegger: Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck 1945–1955 (=Rechts- und Sozialwissenschaftliche Reihe, Bd. 23). Frankfurt/M. [u.a.] 1999, 343–349; auch Erich Griebler: „Policy Learning“ im österreichischen Abtreibungskonflikt. Die SPÖ auf dem Weg zur Fristenlösung (= Reihe Soziologie, Bd. 76). Wien 2006, 21.

14/ ÖNB, HAN, Nachlass Christian Broda, Nowakowski an Broda am 22. September 1969.

15/ Nelson Mandela: Der lange Weg zur Freiheit. Autobiografie. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Günter Panske. Hamburg 2006/2007, 158 f.

16/ Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky: Pflichterfüllung für oder gegen Österreich. Historische Betrachtungen zum März 1938. Wien 1988.

17/ Kurt Waldheim: Im Glaspalast der Weltpolitik. Düsseldorf–Wien 1985.

18/ Eduard Rabofsky (Hg.): Deutschösterreich, der Anschluss und die Sudetendeutschen. Dokumente eines Kampfes ums Recht. Hg., eingel. u. erl. von Karl Renner. Mit einer Einf. von Eduard Rabofsky. Wien 1990.

19/ Peter Kreisky: „Neues Österreich“ – Ein Einblick. In: Brigitte Lehmann/Doron Rabinovici/Sibylle Summer (Hg.), Von der Kunst der Nestbeschmutzung. Dokumente gegen Ressentiment und Rassismus seit 1986. Wien 2009, 95–136, 121.

20/ Andrej Gromyko: Erinnerungen. Internationale Ausgabe. Düsseldorf–Wien–New York 1989, 318.

21/ Fischer: Überzeugungen, 12.

22/ Hans J. Thalberg: Von der Kunst Österreich zu sein. Erinnerungen und Tagebuchnotizen. Wien [u.a.] 1984, 318.

23/ Fischer: Reflexionen, 346f.

24/ Vorwort zu Bernhard Kusche: Die Wodaks. Exil und Rückkehr. Eine Doppelbiografie. Wien 2008, 7–9.

25/ Fischer: Die Biografie, 64.

26/ Karl Kraus: Für Lammasch. Zitiert nach Karl Kraus: Weltgericht. München–Wien, 212–214, hier 212.

27/ *Falter* 48/2009, 25.11.2009.

28/ Anton Pelinka: Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938. Wien–München–Zürich 1972.

29/ *Die Presse*, 27.4.1999

# Alfred Hrdlickas politische und antifaschistische Denkmäler

ULRIKE JENNI

**B**einahe alle Denkmäler im öffentlichen Raum, die von Alfred Hrdlicka ausgeführt wurden, lösten einen Skandal aus. So auch das erste politische Denkmal, für das der Bildhauer einen Auftrag von der Gemeinde Wien bekam: Das Denkmal für Dr. Karl Renner (1870–1950), dem sozialdemokratischen Politiker und Gründer der Ersten und Zweiten Republik.

## Karl Renner-Denkmal (1965–1967)

Die Lage des Denkmals, eine Büste von Karl Renner, ist wohl überlegt an der Ecke Dr.-Karl-Renner-Ring und Stadiongasse, in unmittelbarer Nähe des Parlaments, der langjährigen Wirkungsstätte Renners als sozialdemokratischer Abgeordneter von 1907 bis 1933. Das Denkmal bildet das Pendant zum „Republik-Denkmal“, das an die Gründung der Republik Österreich am 12. November 1918 erinnert. Dafür stehen drei Büsten sozialdemokratischer Politiker, die sich beim Aufbau der ersten Republik besonders verdient gemacht hatten: Jacob Reumann, Victor Adler und Ferdinand Hanusch. Der Raum rechts und links des Parlaments in Richtung Ringstraße wurde in zwei Etappen mit sozialdemokratischen Politikern „besetzt“. Dies wird auch ein Grund der heftigen Anfeindungen nach der Aufstellung des Denkmals im Jahre 1967 sein.

Im Jahr 1965 gewann Hrdlicka den gesamtösterreichischen Wettbewerb um die Gestaltung eines Denkmals für Dr. Karl Renner (1870–1950). Der Auftrag wurde von der Stadt Wien unter Bürgermeister Bruno Marek erteilt. Als Vorlage benutzte Hrdlicka Fotos, Karikaturen und persönliche Erinnerungen. Das Portrait kommt mit sparsamen Mitteln aus. Die klare voluminöse Gesamtform des Schädels ist dominierend. Die Eintragungen der Gesichtszüge wie Augen und Mund „zeichnen“ Hrdlicka mit vertieften, breiten Strichen, in denen sich der Schatten fängt.

Die radikale Gestaltung und Auffassung dieses Portraits, das einen ehrwürdigen, verdienten Staatsmann im „staatstragenden“ Raum neben dem Parlament wiedergibt, wirkte 1967 offenbar zu befremdlich, zu kühn. Hrdlicka äußerte sich dazu folgendermaßen: „[...] aber er (Renner) ist nicht so harmlos, er

ist nicht so ein Väterchen, wie man ihn eigentlich in Erinnerung hat.“ [WV IV, 121, S. 51]. „Ein Denkmal muss nicht Devotion, Verherrlichung usw. ausdrücken. [...] Meine Absicht war, das facettenreiche Bild der Persönlichkeit vor Augen zu führen. Die unterschiedlichen Reaktionen darauf waren die Bestätigung, dass mir dies einigermaßen



gelungen ist. Was für die politische Prominenz jener Tage zum Teil ein Greuel, war für die Tochter Karl Renners: ganz der Vater.“ [WV IV, 125].

Fest steht, dass die Jury den Entwurf von Hrdlicka an die erste Stelle reihte. Die Befürworter des Auftrags waren der Architekt Krawina, der Kunstkritiker Johann Muschik und der Kulturreferent der Gemeinde Wien Robert Waissenberger. Am 27. April 1965 wurde zur 20-Jahrfeier der Zweiten Republik der Grundstein für das Denkmal gelegt. Renner war ja im Jahr der Befreiung Staatskanzler der Provisorischen Staatsregierung. Die Eröffnung des Denkmals erfolgte dann zwei Jahre später am 27. April 1967.

Die von FPÖ-Politikern unterstützte *Liga gegen entartete Kunst* wurde 1966 ins Leben gerufen, um vor allem gegen das Renner-Denkmal zu protestieren, mit dem Ziel, dessen Abbau zu erreichen, den Künstler zu diffamieren und ihn sogar als entarteten Künstler zu bezeichnen. Die Liga mobilisierte „die öffentliche Meinung (respektive den einschlägig, willigen Teil der öffentlichen Meinung) gegen diese – nach ihrer Auffassung ‚beispiellose pseudokünstlerische Leichenschändung‘. Bürgermeister Bruno Marek, der sich gegen Verdächtigungen wie diese in einem Presseprozess zur Wehr setzte, bekam dieser Tage vor Gericht recht.“

(Dietmar Grieser, Ein Bericht über die „Liga gegen entartete Kunst“, in: *Frankfurter Rundschau*, 8.9.1967). Die Kritik benutzte einige wenige Topoi, die sehr oft wiederholt werden: Der Renner-Kopf verletze die Würde des großen, für Österreich so bedeutenden Staatsmannes.

## Friedrich Engels-Denkmal (1977–1981)

Das einzige politische Denkmal, das keine antifaschistische Thematik zum Inhalt hat, gab der sozialdemokratische Senat von Wuppertal im Jahr 1976 in Auftrag. Friedrich Engels, der Sohn der Stadt, sollte geehrt werden. Es entstand ein Werk, das grundsätzlich mit der Tradition der Portraitstatuen der „großen Männer“ brach, der Denkmalform des 19. Jahrhunderts, deren Dominanz in den Jahrzehnten nach 1945 erst langsam andere Lösungsversuche entgegengesetzt wurden. Hrdlicka entschied sich für eine Auseinandersetzung mit Engels politisch-philosophischem Schaffen. Der erste Entwurf von 1976 beinhaltet ein aufgerichtetes, geöffnetes Buch, aus dem Figuren herauswachsen [WV I, 139].

„Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten“ – ein zentraler Satz des Kommunistischen Manifests von 1848 – bildet den inhaltlichen Schwerpunkt des zweiten Entwurfs und damit des ausgeführten Denkmals im Wuppertaler Engels-Park. Aus einem 3,20 m hohen Block aus Carrara-Marmor wurde eine Reihe von geketteten und mit Handschellen versehene Arbeitern herausgeschlagen. Soweit erkennbar, scheinen sich keine Arbeiterinnen darunter zu befinden. Durch die vielen Arme und Beine, die nicht immer einem Leib zuzuordnen sind, wird der Eindruck von Masse erzielt, die Übersicht über die Anzahl der dargestellten Menschen geht verloren. Ein weiteres Gestaltungsprinzip sind Hrdlickas gleitende Proportionen, die die Gliedmaßen und Körper nicht in ihren naturalistischen Verhältnissen zueinander wiedergeben, vielmehr gestaltet sie der Künstler je nach inhaltlicher oder kompositioneller Bedeutung unterschiedlich groß. So ist beispielsweise die so genannte „starke Linke“ als schmächtiger Arm geformt, der sich nach oben erhebt und trotz der schweren Handschellen eine mächtige Faust ballt.

Es kommt Lebenswille und Kampfgeist auf. Exemplarisch hierfür ist neben der Faust die aufgerichtete Figur eines kräftigen Mannes, der sich in tiefem Schmerz aufbäumt. Sein Kopf, Zentrum des Denkens, bleibt fragmentarisch, seine Linke stößt jedoch vor und drängt zur Tat. Neben der Kraft der „starken Linken“ wird auch der opferreiche Weg gezeigt, der Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse war, verkörpert durch den in die Knie gesunkenen Sterbenden der Vorderansicht.

### Plötzenseer Totentanz (1969–1972)

Die Idee des Totentanzes – im späten Mittelalter im Medium der Wandmalerei meist an der Innenseite von Friedhofsmauern oder an den Außenwänden der Karner angebracht – trägt als gemeinsame Grundlage zur Ausstattung des Innenraums der Kirche des evangelischen Gemeindezentrums in unmittelbarer Nähe der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee bei, in der u.a. die Mitglieder der Widerstandsgruppe des 20. Juli 1944 um Stauffenberg erhängt wurden. Die 16 großformatigen Zeichnungen in Bleistift, Kohle und Kreide, Deckweiß und Röteln auf Papier und Holz (350 x 99 cm) weisen in locker verbundener Reihe biblische und gegenwartsbezogene Ereignissen auf: Die Dreiergruppe von Kain und Abel, Tod im Boxing und Tod im Showbusiness, sodann das Zweitafelbild mit dem Tod des Demonstranten, des Studenten Benno Ohnesorg, der bei der Antischah Demonstration in Berlin 1967 von einem Polizisten erschossen wurde [Mahnmal, Abb. 193], sodann die Dreiergruppe von Emmausmahl als Häftlingsszene, Abendmahl und Ostern, weiters die Kreuzigung und als letzte Gruppe die Enthauptung Johannes des Täufers und Massenhinrichtungen durch Erhängen daneben durch die Guillotine, die beiden

Todesarten, die in Plötzensee gehandhabt wurden. Wenige Szenen basieren tatsächlich auf traditionellen Totentanzmotiven, vielmehr bevorzugt Hrdlicka zeitgenössische oder auf die Hinrichtungsstätte der NS-Zeit verweisende Ereignisse, sowie biblische Themen.

Die formale Anbindung der Bildtafeln an die nahe gelegene Richtstelle erfolgt durch die Übernahme einiger charakteristischer Motive der Hinrichtungsvorrichtung, wie der Eisentraverse und der Haken, an denen die Häftlinge erhängt wurden sowie der beiden hohen, schmalen Fenster mit rundem Abschluss, vor denen die Traverse montiert war. Dadurch entsteht eine räumliche Ausdehnung und inhaltliche Verbindung der Kirche mit dem Hinrichtungsort. Darüber hinaus wurden diese Bildtafeln auf der Ostseite der Kirche angebracht und somit direkt auf die Hinrichtungsstätte ausgerichtet.

Mentor der Ausstattung der Kirche, wie auch der Büste des christlichen Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer, der am 9. April 1945 in Plötzensee hingerichtet wurde, war Bringfried Naumann, der Kunstbeauftragte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Den christlichen Märtyrern gleich, ist Bonhoeffer mit dem Attribut seines Martyriums, einem dicken Strick, wiedergegeben [WV I, 142]. Das Marmororiginal des Portraits steht in der kirchlichen Hochschule zu Berlin (1977).

### Denkmal gegen Krieg und Faschismus (1983–1986)

Ein Paradebeispiel eines Denkmals, das seine künstlerische Form in der Reibung mit den örtlichen Gegebenheiten erhält und daraus inhaltliche und gestalterische Schwerpunkte gewinnt, ist das antifaschistische „Gegendenkmal“ am Dammtorbahnhof im Zentrum Hamburgs. Das Monument ist Reaktion und Antwort auf das Denkmal für die Gefallenen des 2. Hanseatischen Infanterieregiments N° 76, das Richard Kuöhl im Jahr 1936 schuf. Nach dem Willen des Senats sollte der Nazi-Block als historisches Zeugnis erhalten bleiben, eine Meinung, die auch Hrdlicka vertrat.

Hrdlicka, der den Auftrag von der Stadt erhielt, stellt der stereometrischen Form des Nazi-Monuments ein riesiges in vier Teile zerbrochenes Hakenkreuz entgegen, das das architektonische Grundgerüst des Gegendenkmals bildet. Die vier Stationen thematisieren vier Todesarten. Die beiden ersten Stationen stellen das massenhafte Sterben der Zivilbevölkerung Hamburgs im Krieg dar:

Der „Hamburger Feuersturm“ entstand durch die Bombardierung der Engländer vom 27./28. Juli 1943. In seinen Flammen kamen 41.800 Menschen um, 37.500 wurden verletzt und 61 Prozent der Wohnhäuser wurden zerstört [WV I, 191/1]. Durch die britische Bombardierung des Flüchtlingsschiffes „Cap Arcona“ am 3./4. Mai 1945 kamen mehr als tausend Menschen um, Flüchtlinge und auch Häftlinge aus dem KZ Neuengamme um [WV I, 191/2]. Lediglich 70 Menschen konnten sich retten. Die projektierte dritte Station „Ins Gras beißen“ sollte das elende Sterben auf dem Schlachtfeld aufzeigen, als Gegenpol zum Nazi-Denkmal mit seiner Verherrlichung des Krieges, dem Ausblenden von Schrecken, Tod und Leid. Die letzte Station sollte das Frauenbild im Nationalsozialismus zum Thema haben, eine Gegenüberstellung von Frauendarstellungen im Nationalsozialismus und den Frauen in den Konzentrationslagern, an denen medizinischen Versuche vorgenommenen wurden.

Das Denkmal blieb somit unvollendet, die beiden letzten Stationen wurden nicht ausgeführt. Aus dem Programm wird jedoch ersichtlich, dass Hrdlicka, ähnlich dem etwas späteren Wiener Denkmal, den für den Ort spezifischen Ereignissen nachspürte – zum einen in der inhaltlichen und formalen Auseinandersetzung mit dem benachbarten Kriegerdenkmal von 1936, zum anderen in der Geschichte Hamburgs einschließlich des Konzentrationslagers Neuengamme während des Zweiten Weltkriegs.

Um das Element Feuer im dreidimensionalen Medium entsprechend darstellen zu können, entschied sich Hrdlicka, eine dünne, fragile Feuerwand aus Bronze gießen zu lassen, die nach oben hin porös und teilweise durchbrochen gestaltet ist. Der Künstler macht deutlich, dass ein Feuersturm eine totale Vernichtung herbeiführt: Verkohlte Menschen, die in die todbringende Wand hineinstürmen oder versuchen heraus zu flüchten, kleben an der Feuerwand. Ein Feuersturm hinterlässt weiters eine Unmenge zerstörter Häuser, im Denkmal durch herabgestürzte Steinblöcke veranschaulicht.

Das Element Wasser hingegen wurde in „Cap Arcona“ vom Bildhauer durch die Gesamtform des Steins in einer riesigen Welle wiedergegeben. Ein großer Marmorblock als hoher Wellenberg gebildet, zeigt einige über Bord geschwemmte Leiber der ausgemergelten KZ-Häftlinge, die mit dem Tod ringen oder diesen Kampf schon verloren ha-

*Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung, in Kooperation mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*

#### **KZ-Verbrechen in Majdanek – Der Düsseldorfer Prozess**

Vortragsreihe mit Winfried R. Garscha, Julia Hartung, Claudia Kuretsidis-Haider, Siegfried Sanwald und Andrzej Selero-wicz

**27.4., 4./11./18./25.5.2010, 18.30**  
Ausstellungsraum des DÖW  
Salvatorgasse 7, 1010 Wien



ben. Zuoberst hat sich die Gestalt eines ausgemergelten KZ-Häftlings auf die Höhe der Welle treiben lassen. Wie im Engels-Monument setzt Hrdlicka für die Ertrinkenden fließende Proportionen ein.

### Mahnmal gegen Krieg und Faschismus (1983–1991)

Alfred Hrdlicka setzte sich über 20 Jahre hindurch dafür ein, in seiner Geburtsstadt ein antifaschistisches Denkmal errichten zu können. Der erste Versuch beinhaltet den Entwurf „Brudermord“ von 1971, einem Relief, das in einer Wohnhausanlage gegenüber dem



Karl-Marx-Hof errichtet werden sollte [WV I, 113]. Der Karl-Marx-Hof war im Februar 1934 eines der Zentren des bewaffneten Kampfes von Teilen der österreichischen Arbeiterklasse gegen den Austrofaschismus. Auf zweien der insgesamt fünf Relieffelder sollten Kampfhandlungen um den Karl-Marx-Hof wiedergegeben werden. Lediglich der letzte Abschnitt des fünfteiligen Reliefs wurde 1971 in vorgesehener Größe (283 x 170 x 29 cm) ausgeführt: „Der Tod des Demonstranten“ [WV I, 114], des Studenten Benno Ohnesorg. Letztendlich wurde das Relief bei der Deutschen Oper Berlin aufgestellt [Mahnmal, Abb. 196].

Erst mit dem Mahnmal gegen Krieg und Faschismus auf dem Albertinaplatz [WV I, 205] – einem zentralen Platz der Innenstadt – waren die Weichen für die Verwirklichung eines antifaschistischen Denkmals in Wien gestellt. Auftraggeber war die sozialdemokratische Stadtverwaltung von Wien, die unter dem damaligen Kulturstadtrat und späterem Bür-

germeister Helmut Zilk, aktiv wurde. Das Denkmal sollte im Gedenkjahr 1988 feierlich enthüllt werden, anlässlich des 50. Jahrestages der Annexion Österreichs an Nazi-Deutschland. Der Termin konnte, mit Ausnahme des Steins „Heldentod“, der erst 1991 aufgestellt wurde, von Hrdlicka eingehalten werden.

Auf dem Areal des Albertinaplatzes stand ursprünglich der Philipp-Hof, ein Prachtbau aus der Gründerzeit, der bei dem Bombenangriff der Amerikaner vom 12. März 1945 völlig zerstört wurde. Am selben Tag wurden auch die Oper, der Stephansdom und das Kunsthistorische Museum schwer beschädigt. In den Kellern des Philipp-Hofs, die als besonders sicher galten, befanden sich hunderte von Menschen, die vor den Angriffen Zuflucht gesucht hatten. Sie alle wurden verschüttet, ihre Leichen konnten nicht geborgen werden.

Der dreieckige Platz wurde rückwärtig mit Bäumen bepflanzt, die beiden restlichen Seiten hingegen für PassantInnen und BetrachterInnen offen gehalten. Das gesamte Areal ist mit Granitsteinen gepflastert, die aus Gusen (Bezirk Perg) stammen, einem Steinbruch nahe dem ehemaligen KZ Mauthausen, in dem Häftlinge aus diesem Lager arbeiten mussten. Am vorderen Spitz des Dreiecks erhebt sich das „Tor der Gewalt“, durch das der „Straßewaschende Jude“, dahinter „Orpheus betritt den Hades“ und zuletzt der „Stein der Republik“ sichtbar sind. Ähnlich den Passionsstationen eines Kalvarienberges sind die einzelnen Steine und der in Erz gegossene Jude begehbar.

Auf zwei übermannshohen Granitsockeln erhebt sich jeweils ein riesiger Block aus Carrara-Marmor, das „Tor der Gewalt“, das aus dem „Heldentod“ (1988–1991), dem rechten Pfeiler gebildet wird, bestehend aus Opfern des Krieges, dem Sterben auf den Schlachtfeldern sowie einer gebärenden Frau, deren Kind als zukünftiges Kanonenfutter bestimmt ist und dem linken Pfeiler, der „Hinterlandsfront“ (1986–1988), der die Ermordung einer Gruppe von KZ-Häftlingen durch einen NS-Arzt zeigt. Der „Straßewaschende Jude“ (1983–1987, Bronze) kniet, zum Tor gewandt, auf dem gepflasterten Platz, eine Bürste in der rechten Hand. Durch den deutlichen Höhenunterschied vom Tor der Gewalt (Gesamthöhe rechts 630 und links 540 cm) und dem knienden Juden (70 cm hoch) wird die Erniedrigung des Knieenden gleichsam messbar. Hrdlicka konzentriert sich in dieser Figur auf das für Wien typische Motiv des „Straßewa-

schenden Juden“, während der Stein der „Hinterlandsfront“ die Massenvernichtung unter dem Aspekt der medizinischen Experimente verdeutlicht.

Weitere Bedeutungsebenen im Kontext der umgebenden Gebäude werden durch die mythologische Gestalt des „Orpheus betritt den Hades“ hinzugefügt [WV I, 134, 1975–1987/88, weißer jugoslawischer Kalkstein]. Orpheus erscheint in der griechischen Sage als thrakischer Sänger und Kitharaspieler und verweist dadurch in übertragenem Sinn auf die Kunststätten um den Albertinaplatz: die Oper, das Theatermuseum und die Albertina. Darüber hinaus steigt Orpheus nicht nur zu seiner Gattin Euridice hinab, sondern wird unweigerlich auch mit den Toten der näheren und ferneren Vergangenheit Wiens konfrontiert, mit den Bombenopfer von 1945 und zu den Skeletten des ersten jüdischen Friedhofs in Wien aus der Zeit der Babenberger.

Die über sieben Meter hohe Stele, der „Stein der Republik“ (1987–1988, Granit), bildet den Abschluss des Monuments. Auf der riesenhaften Stele wurde ein Auszug des Textes der Regierungserklärung der Provisorischen Staatsregierung vom 27. April 1945 gemeißelt, die Grundlage der Wiedererrichtung der Republik Österreich.

Der politische Kampf um die Errichtung des Denkmals wurde vor allem in den Printmedien äußerst heftig geführt. Dadurch ergab sich die einmalige Gelegenheit, die Verflechtung von Kunst und Politik in der Öffentlichkeit aufzuzeigen. Die verschiedenen Phasen des Kampfes sind in einer Pressedokumentation exemplarisch festgehalten (Denkmal, Bd. 2).

Die Figur des straßewaschenden Juden musste vor Touristen geschützt werden, da sie ihn als Sitzgelegenheit benützten. Er erhielt folglich zwei Jahre nach seiner Aufstellung einen auf seinem Rücken montierten Stacheldraht, der nicht nur gegen die Verwendung als Bank fungiert sondern auch als Sinnbild für das leidvolle Schicksal der Juden im Nationalsozialismus gesehen werden kann. Nach der Fertigstellung des Denkmalkomplexes auf dem Albertinaplatz wurde das Mahnmal zum fixen Programmpunkt der offiziellen Führungen durch die Wiener Innenstadt.

### Antifaschistisches Denkmal der KPÖ (1989)

Ein weiteres antifaschistisches Denkmal von Hrdlicka auf dem Boden Wiens befindet sich vor dem ehemaligen Gebäude des Zentralkomitees der Kommunis-



Alfred Hrdlicka mit Architekt Prof. Fritz Weber (links) und KPÖ-Vorsitzendem Franz Muhri (Mitte) bei der Denkmalenthüllung vor dem „Globushaus“ am 9. Mai 1989.

tischen Partei Österreichs, dem „Globushaus“, auf dem Höchstädtplatz im 20. Bezirk. Es soll als Zeichen der Erinnerung und Mahnung wirken.

Für das Denkmal sollte der Abguss einer schon vorhandenen Figur verwendet werden. Die Wahl fiel aus gutem Grund auf den „Marsyas II“, der in den Jahren 1963–1964 entstanden ist [233 x 39 x 35 cm, WV I, 65]. Der Bildhauer stellte seinen „Marsyas II“ kostenlos für den Bronzeabguss zur Verfügung. Spenden wurden für die Realisierung des Gusses und der Aufstellung gesammelt.

Auf dem Platz vor dem ZK-Gebäude steht eine Stele mit einem Portrait Johann Koplenigs, des langjährigen Parteivorsitzenden und Vizekanzlers der Provisorischen Regierung Renner (1945). Stele und Portrait stammen von Jan Schneider, einem Schüler Hrdlickas. Stele und Denkmal sind aufeinander bezogen.

Das Schicksal der antiken Figur des Silen Marsyas, der sich Apollo gegenüber auflehnte und dafür mit seinem Leben bezahlen musste, ist in übertragenem Sinn auf das Schicksal so manches Opfers des Nationalsozialismus zutreffend. Hrdlicka charakterisiert seine Sicht auf diese Gestalt u.a. mit folgenden Worten: „Er war für mich immer, obgleich in der antiken Sage Halbgott, ein Mann des Volkes, der die Obrigkeit, in der Sage also die Gottheit, nicht akzeptiert, sondern herausfordert hatte“ [WV IV, 58]. Marsyas zählt innerhalb des bildhauerischen Werkes von Hrdlicka zu den „Fleischmarkthallengeschöpfen“ – geschunden, enthäutet, getötet. „Das, was Apollo Marsyas angetan hat, habe ich

meinen Skulpturen angetan, sie geschunden, gehäutet, zu Tode gearbeitet“, meint Hrdlicka 1973 [WV IV, 119].

Architekt Fritz Weber war für die Gestaltung der Mauer, an der Marsyas aufgehängt wurde, verantwortlich. Er wählte als Material Ziegel, um damit an die vielen Ziegelarbeiter in Wien zu erinnern.

Anfang der 1990er Jahre fasste die KPÖ den Entschluss, aus dem „Globushaus“ auszuziehen und die Räumlichkeiten zu vermieten. Im vorausseilenden Gehorsam auf zukünftige Mieter blickend, wurde das Denkmal im August 1994 abgetragen. Aufgrund innerparteilicher Proteste verkündete die KPÖ im September 1995 zum 50. Jahrestag der Befreiung Österreichs, dass das Denkmal auf seinem alten Platz wieder aufgestellt worden sei. Das Denkmal mit dem Marsyas wurde der Gemeinde Wien übergeben und damit habe diese die Verantwortung für das Kunstwerk übernommen. Nun steht das Denkmal vor einem Haus, das die KPÖ verkauft hat. Der Höchstädtplatz ist heute kein Ort mehr, wo viele Menschen vorbeikommen.

### Das Waldheim-Pferd – ein ephemeres Denkmal (in Verwendung von 1986–1988)

Im Zuge der Proteste gegen die Bundespräsidentenwahlkandidatur und der später erfolgten Wahl Kurt Waldheims, des Kandidaten der ÖVP, entwarf Hrdlicka ein vier Meter hohes Holzpferd [Holz, mit SA-Kappe, 420 x 400 x 100 cm]. Auf der Flanke des Pferdes sind die vier „Väter“ des Tieres aufgezählt: „nach einem Gedanken von Fred Sinowatz,

nach einer Idee von Peter Turrini, kostümiert von Manfred Deix, nach einem Entwurf von Alfred Hrdlicka“.

Das Verhalten von Waldheim während des Wahlkampfes hatte viel damit zu tun, dass das Pferd als Waffe gegen ihn eingesetzt wurde. Waldheim stritt bekanntlich ab, dass er sich u.a. einem SA-Reiterkorps im Balkankrieg angeschlossen hatte. Der damalige Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) stellte sich klar gegen Waldheim und trug durch seinen ironischen Ausspruch zur weiteren Bekanntheit des Pferdes bei: „*Ich stelle fest, dass Kurt Waldheim nie bei der SA war, sondern nur sein Pferd.*“

Hrdlicka selbst hielt am 8. Juni 1986, dem Datum der Stichwahl gegen den SP-Kandidaten Kurt Steyrer und dem Sieg Waldheims, eine Ansprache auf dem Wiener Graben, in der er die Argumente gegen Waldheim zusammenfasste und diesen aufforderte, das höchste Amt der Republik Österreich nicht anzutreten. Der zukünftige Bundespräsident war nicht nur Mitglied der SA, sondern auch als Stabsoffizier und Mitarbeiter des zentralen Nachrichtendienstes der Heeresgruppe E im Balkankrieg tätig. All dies wurde durch eine internationale Historikerkommission, die die neue Bundesregierung eingesetzt hatte, nachgewiesen.

Das Waldheim-Pferd war als wirksames Mittel des politischen Agit-Prop bei den Anti-Waldheim-Demonstrationen stets anwesend [WV I, 203 und Mahnmal, 194–197, Abb. 183–186]. Das hölzerne Pferd war durch seinen aktionistischen Gestus ungemein öffentlichkeitswirksam und wurde zum Einigungssymbol der Bewegung, die die Durchleuchtung der Nazi-Vergangenheit Waldheims und die Aufarbeitung der Rolle Österreichs in der Nazi-Zeit forderte.

Die Waldheim-Affäre bildete eine Zäsur in der innenpolitischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Österreichs. Jedoch erst im Jahr 1991 erfolgte ein eindeutiges Bekenntnis der Mitschuld Österreichs an der NS-Verbrechen durch den damaligen Bundeskanzler Vranitzky (SPÖ).

Hrdlickas marxistisches Gesichtsbeusstsein fließt in die Gestaltung seiner Denkmäler ebenso ein, wie die Bezugnahme auf den jeweiligen geschichtsträchtigen Aufstellungsort. Sein antifaschistisches Selbstverständnis ist ein wichtiges Element des Kunstschaffens. Die Denkmäler von Hamburg und Wien sind als mehrteilige, begehbare Anlagen konzipiert, um ein differenziertes und vielschichtiges Herangehen an die je-

weilige komplexe Thematik zu ermöglichen: Ereignisse, die für eine bestimmte Stadt in der NS-Zeit einschneidend waren, wie beispielsweise der Hamburger Feuersturm oder die straßewaschenden Juden von Wien. Ferner zeigt Hrdlicka das Weiterwirken des Faschismus in die Gegenwart, aufgezeigt an Hand der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg 1967 bei der Anti-Schah-Demonstration in Berlin durch einen Polizisten, weiter die Verwendung mythologischer Motive (Orpheus) und christlicher Ikonographie (Totentanz-Zyklus verwoben mit einer Reihe biblischer Szenen).

Hrdlicka fragt sich bei seinen Denkmälern, auf welche Weise er durch seine Kunst betroffen machen kann. Er geht dabei von einschneidenden Erlebnissen der NS-Zeit aus, die die BewohnerInnen einer Stadt prägten. Er verweist damit auf die engen Bezüge der Menschen zu der jeweiligen Stadt und zu den Ereignissen während des Nationalsozialismus. Die aufgegriffenen Themen sind tief im kollektiven Gedächtnis der BewohnerInnen verankert.

#### Gekürzt zitierte Literatur:

WV I – Alfred Hrdlicka. Das Gesamtwerk, hg. von Michael Lewin, Bd. I Bildhauerei. Wien 1987.  
WV IV – Alfred Hrdlicka, Das Gesamtwerk, hg. von Michael Lewin, Bd. IV Schriften. Wien 1987.  
Mahnmal – Alfred Hrdlicka, Mahnmal gegen Krieg und Faschismus in Wien, hg. von Ulrike Jenni. Bd. 1 Mahnmal, Bd. 2 Das Mahnmal und die Presse. Eine Dokumentation (1978–1992), zus.gestellt von Theodor Scheufele. Graz 1993.

#### Weitere Literatur:

Die starke Linke des Alfred Hrdlicka. Der Streit um das Wuppertaler Engels-Denkmal. Dokumentation (1963–1981). Wuppertal 1981.  
Alfred Hrdlicka, Wie ein Totentanz. Die Ereignisse des 20. Juli 1944. hg. von der Walter Buchebner Gesellschaft. Müzzzuschlag 1982.  
Dietrich Schubert, Alfred Hrdlickas Denkmal für Friedrich Engels, in: *Pantheon* LXI, Juli/August 1983, S. 245–253.  
Dietrich Schubert, Die Verantwortung der Kunst. Alfred Hrdlickas antifaschistisches Denkmal in Hamburg, in: *Forum Wissenschaft*, Nr. 1/1988, S. 20–25.  
Detlef Hoffmann, Erinnerungsarbeit der „zweiten und dritten“ Generation und „Spurensuche“ in der zeitgenössischen Kunst. in: *kritische berichte* 2/1988, S. 31–46.  
Daniela Hammer-Tugendhat, Das Denkmal – ein Paradoxon, in: *Salto*, 1991, Bd. 1, S. 28–29.  
Andreas Lehne, Der Wiener Albertinaplatz – ein verlorenes Kunstwerk. In: *Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege*, XLVII (1993), S. 165–170.

## Nachtrag zu Gerhard Oberkoflers Beitrag „Wege der wissenschaftlichen Weltauffassung“

(Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft, Nr. 3/2009)

Gerhard Oberkofler verweist in seinem Beitrag über Georg Fuchs auf „einige kommunistische Mediziner in Wien“ (S. 11) und führt in diesem Zusammenhang Franz David, Friedrich Scholl, Mitja Rapoport, Fritz Jensen und Gertrude Saxl-Kreilisheim an. Ich möchte ergänzend auf Dr. Erich Schindel und Dr. Erich Kelen verweisen, die dieser Ärzteguppe zuzuzählen wären.

Erich Schindel, geb. am 4. September 1906 in Wien, trat 1935 der illegalen KPÖ bei, war zur Zeit des Austrofaschismus in Haft und emigrierte 1938 nach Großbritannien. In Großbritannien baute er das *Austrian Centre* in Glasgow auf (dessen Leiter er später wurde), das auch hier die Aufgabe hatte, „Freunde für ein freies Österreich zu gewinnen“. In der *Association of Austrian Doctors in Great Britain* fungierte Schindel als Sekretär. Diese Gruppe hat sich 1942 dem FAM (*Free Austrian Movement*) angeschlossen. Schindel hatte in Wien studiert und war später Facharzt für physikalische Medizin. Erst 1946 konnte er, illegal, denn vom britischen Außenminister Ernest Bevin hatte er keine Genehmigung für die Rückkehr erhalten, über Paris nach Wien zurückkehren. Die englischen Behörden hatten damals kein großes Interesse daran, dass österreichische Kommunisten rasch nach Österreich zurückkehrten.

Neben seiner Ordination im Karl-Marx-Hof (Stiege 47/4), die er bis zu seiner Pensionierung führte, war Schindel Leiter eines physikalischen Labors der Krankenkasse in Wien Innere Stadt. Anfang der 1950er Jahre kam das von ihm und Dr. Rot verfasste Aufklärungsbuch „Naturgeschichte der Liebe. Physiologie, Biologie und Soziologie des Geschlechtslebens“ im *Globus-Verlag* heraus. Seine Schwester war die um sieben Jahre jüngere Gerti (Jg. 1913), die in den 1920er Jahren Funktionärin im *Kommunistischen Jugendverband* (KJVÖ) war und nach dem Beginn des Spanischen Bürgerkriegs zuerst im Spanien-Apparat in Paris und dann als Krankenschwester in Spanien tätig war. Danach gehörte sie der österreichischen Widerstandsgruppe in Südfrankreich an, kam 1944 als Fremdarbeiterin getarnt nach Österreich zurück, wo sie kurzzeitig im Wi-

derstand tätig war, bevor sie verhaftet und nach Auschwitz deportiert wurde. Von dort kam sie ins Konzentrationslager Ravensbrück, das sie durch eine Rettungsaktion des schwedischen Roten Kreuzes noch vor Kriegsende verlassen konnte. Erich Schindel starb 1993, seine Schwester Gerti 2008.

Erich Kelen wurde am 4. Jänner 1909 in Czernowitz geboren. Er war seit 1926 Mitglied der Kommunistischen Studenten und wurde 1928 Leiter der Kostrufa (*Kommunistische Studentenfaktion*). 1933 promovierte er zum Dr. med. und wurde Arzt im Wiener Elisabethspital. In dieser Zeit gehörte er zu der Gruppe der jungen Intellektuellen, wie Dr. Arnold Reisberg, Dr. Franz Quittner, Toni Lehr und Dr. Alfred Klahr. 1932 war er Mitglied der Wiener Stadtleitung der KPÖ und hielt sich von April bis Oktober 1934 in der Wolgadeutschen Republik auf. 1935 war er wieder in Wien. In der Illegalität nach der Annexion 1938 gründete er mit SP-Ärzten den illegalen sozialistischen Ärztebund und war dessen 2. Obmann. Im August 1938 emigrierte er in die Schweiz und organisierte dort das *Selbsthilfekomitee der österreichischen Emigranten*. Im Februar 1939 fuhr er dann nach Großbritannien und wurde Mitarbeiter im *Free Austrian Movement*. Auch er gehörte, wie Schindel, der *Vereinigung österreichischer Ärzte* an. In Großbritannien arbeitete er an der Tropenuniversität. Vom Mai 1940 bis April 1941 war er wie die meisten Emigranten in Großbritannien interniert.

Kelen kehrte im November 1946 nach Österreich zurück. Hier war er 1947 erster Prorektor im Ferdinand-Hanusch-Krankenhaus, später Primarius in einem Ambulatorium der Wiener Gebietskrankenkasse. Von 1950 bis Ende 1958 war er stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten. Kelen war auch als Parteifunktionär tätig: Von 1946 bis 1950 war er Obmann der Bezirksorganisation Wien Innere Stadt. Vom 17. bis 18. Parteitag (1957–1961) war er Kandidat, am 18. Parteitag (1961) wurde er zum Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ gewählt Erich Kelen starb am 20. Dezember 1961 in Wien.

WILLI WEINERT

# Zum zehnten Todestag von Margarete Schütte-Lihotzky

IRMA SCHWAGER

Wenige Tage vor ihrem 103. Geburtstag ist Grete Schütte-Lihotzky vor zehn Jahren an einer Grippeinfektion gestorben. Sie gehörte zu den großen Frauenpersönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, die sich auch unter schwierigsten Bedingungen für ein besseres Leben der Menschen einsetzte. Sie kämpfte für die gleichen Rechte und Möglichkeiten der Frauen und Kinder. Ihr Engagement und ihre Kreativität als Architektin hat sie auch im *Bund Demokratischer Frauen Österreichs* und im *Österreichischen Friedensrat* entfaltet. Zwanzig Jahre war sie Präsidentin (1948–1969), danach Ehrenpräsidentin des BDFÖ, seit 1948 war sie Vorstandsmitglied des *Friedensrates*.

In ihrem Buch „Erinnerungen aus dem Widerstand“ stellt sie einem Kapitel ein Zitat Pablo Nerudas voran: „Eine Minute Dunkel macht uns nicht blind.“ Dieses Zitat passt genau auf Grete Schütte-Lihotzky. Ihr ganzes kämpferisches Leben zeigt eindrucksvoll, dass sie trotz aller Schwierigkeiten mit wachen Augen durchs Leben ging. Grete Lihotzky hat sich als einzige Studentin unter lauter Männern beim Architekturstudium

von den Vorurteilen ihrer Kollegen nicht beirren lassen. Auch der grausame Terror der Nationalsozialisten, die sie vier Jahre eingesperrt hatten, hat sie nicht blind werden lassen für den notwendigen Kampf gegen Faschismus, Krieg und für ein Menschenwürdiges Leben.

Am 23. Jänner 1897 wurde Grete Lihotzky in Wien in einer bürgerlichen Familie geboren, die liberal und offen für soziale Fragen war. In ihrer Jugend hatte man den Frauen außerhalb der Familie wenig zugetraut. In der Monarchie hatten Frauen noch kein Wahlrecht. Obwohl ihr Vater meinte, dass niemand einer Frau ein Haus zu bauen anvertrauen würde, war sie entschlossen, Architektur zu studieren. Von 1915 bis 1919 besuchte sie die Kunstgewerbeschule, später die Hochschule für angewandte Kunst und absolvierte als erste Frau das Architekturstudium. Sie wollte an einem

Wettbewerb für Arbeiterwohnungen 1917 teilnehmen. Ihr Professor Strnad riet ihr, bevor sie einen Strich mache, solle sie sich ansehen, wie die Arbeiter wirklich leben. Sie war entsetzt über das große Wohnungselend, das sie dort sah. Nicht selten lebten acht Menschen in ei-



Margarete Schütte-Lihotzky(1897–2000)

nem Raum, viele Kinder hatten kein eigenes Bett. Es gab damals 90.000 Obdachlose, darunter 20.000 Kinder.

Die erste Architektin Österreich erhielt schon vor ihrer Diplomierung eine Reihe von Auszeichnungen, 1920 einen Preis für eine Schrebergartenanlage, der sie in Kontakt mit der Siedlerbewegung brachte. Sie meinte: „Meiner Kenntnis nach war dies der einzige Verband, durch den von unten her ein Massenbau entstanden ist. Bedingt war die Entstehung alleine durch eine ungeheure Wohnungsnot, die es in Wien damals gegeben hat.“ Mit ihrem Mentor Adolf Loos arbeitete sie ab 1922 für die „erste gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft der Kriegsinvaliden Österreichs“ und im Baubüro der Siedlung Friedensstadt am Lainzer Tiergarten.

Im März 1926 berief sie Architekt Ernst May, begeistert von ihrer Arbeit in Wien, ins Frankfurter Hochbauamt. Dort be-

schäftigte sie sich in der Typisierungsabteilung mit der Rationalisierung der Hauswirtschaft. Sie entwarf auch Einrichtungen für Kindergärten und Wohnungstypen. Dort entstand auch die berühmte „Frankfurter Küche“. Genau errechnete sie, wie bei einem Minimum an Platz ein Maximum an Komfort für die Hausarbeit Kräfte sparend verrichtet werden könnte. In Frankfurt heiratete sie den Architekten Wilhelm Schütte.

Für die Wiener Werkbund-siedlung (1930–1932) entwarf sie zwei Reihenhäuser mit je 32 Quadratmeter Grundfläche. Mit Ernst May und einer Gruppe von 17 Architekten ging das Ehepaar Schütte 1930 nach Moskau um an den neu zu gründenden Städten mitzuwirken. Sie wurden nach Magnitogorsk in den südlichen Ural geschickt. Bei ihrer Ankunft waren dort nur Lehmhütten und Kasernen. Die Planzahl sah in den nächsten Jahren 200.000 Einwohner vor. Als Leiterin der Abteilung Kindereinrichtungen plante sie Typenprojekte für Krippen, Kindergärten, Klubs u.v.a. Außerdem hielt sie Kurse zur Qualifizierung der Mitarbeiter. 1934 bis 1936 entwarf sie in Moskau Kindermöbel und erstellte gemeinsam

mit Ärzten und Pädagogen ein Möbelprogramm für den Wohnbau zusammen.

1933 stellte Grete Schütte-Lihotzky ihre Arbeit bei der Weltausstellung in Chicago aus. Das Ehepaar Schütte verließ 1937 die Sowjetunion. Nach einem Aufenthalt in London und dann in Paris fuhren sie schließlich 1938 nach Istanbul. Dort arbeitete sie in der *Akademie de Beaux Art*, wo sie vor allem Schulbauten entwarf.

In Istanbul lernte Grete den Architekten Herbert Eichholzer kennen, der sich bemühte, die Verbindung zum kommunistischen Widerstand in Österreich herzustellen. 1939 trat Grete der illegalen KPÖ bei und reiste im Dezember 1940 zusammen mit Eichholzer aus dem sicheren Ausland nach Wien, um die Verbindung mit dem Widerstand aufzunehmen. Sie war entschlossen, den Widerstand gegen das grausame Naziregime zu unterstützen. Sie meinte, sie sei sehr ge-



Ehrung von Margarete Schütte-Lihotzky im Rahmen der Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 27. Jänner 1987. Links: Irma Schwager, rechts: Schütte-Lihotzky mit Franz Muhri, dem Vorsitzenden der KPÖ.

eignet für die Aufgabe als Kurierin, denn sie habe eine Schwester in Österreich und als „Arierin“ nichts zu befürchten.

Am 22. Dezember 1941 wurde sie bei einem Treffen mit Erwin Puschmann, dem Leiter des kommunistischen Widerstands, verhaftet. Beim Prozess vor dem Volksgerichtshof wurden 1943 Puschmann, Eichholzer, Sebek und die anderen „Verschwörer“ zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das Todesurteil von Grete wurde mit Hilfe ihres Gatten Wilhelm Schütte durch eine geschickte Fälschung eines offiziellen Briefes aus der Türkei in 15 Jahre Gefängnis und Ehrverlust umgewandelt.

Nach der Befreiung musste sie ihre Tuberkulose ausheilen, baute dann in Bulgarien fünf Kindergärten und Krippen und kehrte 1947 nach Wien zurück. Ihr Traum, am Aufbau Österreichs als Architektin mitzuwirken, hat sich trotz der vielen Kriegszerstörungen nicht verwirklicht. Weil sie Kommunistin blieb, bekam sie kaum öffentliche Aufträge, bis auf zwei Wohnhäuser und zwei Kindergärten in Wien. Sie konnte in dieser Zeit nur einige private Häuser entwerfen und arbeitete als Beraterin in China, Kuba und der DDR.

1948 gestaltete sie eine Ausstellung der *Internationalen demokratischen Frauenföderation* (IDFF) in Paris. 1953 bis 1956 plante und baute sie gemeinsam mit Wilhelm Schütte, Fritz Weber und Karl Eber die Druckerei und das Ver-

lagsgebäude des *Globus*. 1977 wurde sie mit der Joliot-Curie-Medaille des Weltfriedensrates ausgezeichnet.

Erst im hohen Alter hat auch ihre Heimat die große Architektin anerkannt und sie bekam viele Auszeichnungen und Ehrungen. 1980 empfing sie den großen Architekturpreis der Stadt Wien. Weitere Preise und Ehrungen folgten: 1985 erhielt sie die Prechtl-Medaille der TU Wien, sie wurde Ehrendoktorin mehrerer Universitäten. 1985 wurde ihr das Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst verliehen, das sie zunächst verweigerte, weil sie vom Bundespräsidenten Waldheim wegen dessen zweifelhaften Verhaltens zu seiner Kriegsvergangenheit nicht entgegennehmen wollte. Erst unter Bundespräsident Klestil und Minister Scholten nahm sie dieses Ehrenzeichen an. Das MAK widmete ihr 1998 eine große Gesamtausstellung „Margarethe Schütte-Lihotzky: Soziale Architektur – Zeitzeugin eines Jahrhunderts“. Bei der Eröffnung ließ es sich Grete nicht nehmen, die Honoratioren persönlich durch die Ausstellung zu führen.

Zu ihrem 100. Geburtstag fand im MAK eine überwältigende Geburtstagsfeier statt. Alles, was Rang und Namen in Wissenschaft, Kultur und Politik hat, überbrachte Geburtstagswünsche. Das Frauenorchester spielte auf, und Bürgermeister Häupl tanzte einige Takte Walzer mit der Jubilarin. Bei den ver-

schiedensten Ehrungen und Geburtstagsfeiern wurde von führenden Politikern und Architekten immer wieder das Bedauern ausgesprochen, dass Österreich auf die Talente dieser außerordentlichen Frau verzichtet hatte.

Im November 1999 wurde ein Film über ihre „Erinnerungen aus dem Widerstand“ hergestellt. Regisseurin war Susanne Zanke. Die Erlebnisse im Gefängnis, die große Solidarität unter den Frauen und die mutige Haltung ihrer Genossinnen, die zum Tode verurteilt und hingerichtet worden waren, hat sie niemals vergessen. Ende der 1950er Jahre, als Neonazis Friedhöfe schändeten, initiierte sie mit dem BDFÖ ein Komitee von Frauen verschiedenster Weltanschauungen mit dem Ziel, besonders Jugendliche über die Zeit des Nationalsozialismus aufzuklären. In der Urania wurden von diesem antifaschistischen Frauenkomitee monatlich über 30 Jahre Filme gegen Rassismus und Krieg gezeigt, zu denen Schulklassen eingeladen wurden. Vor der Aufführung sprach jeweils eine Persönlichkeit zum Film. Grete Schütte war Initiatorin und Seele dieses Frauenkomitees. Bei zahlreichen Kongressen der *Internationalen demokratischen Frauenföderation* saß sie im Präsidium und war die geachtete Stimme Österreichs.

Am 18. Jänner 2000 ist Grete Schütte-Lihotzky gestorben. Sie bekam ein Ehrengrab der Stadt Wien am Zentralfriedhof.

Georg Tidl (Hg.): *Von der GESTAPO gehetzt. Auf der Flucht durch Norwegens Fjorde. Das Tagebuch des Kommunisten Hans Laab*. Wien: Löcker 2009, 241 S., 19,80–

Vor 15 Jahren wurde Marie Tidl am Hietzinger Friedhof beigesetzt. Sie war Zeit ihres Lebens bemüht, das Andenken an jene Menschen wach zu halten, die die Geschichte ihrer Partei prägten. In erster Linie galt das jenen Genossen und Genossinnen, mit denen sie als Studentin im illegalen kommunistischen Studentenverband Kontakt hatte, doch auch die Geschichte in Kärnten darzustellen, wohin ihre Wurzeln reichten, war ihr ein Anliegen.

1940 als Marie Hoffmann vor dem OLG Wien angeklagt und zum Abtransport ins KZ vorgesehen, entging sie nach zweijähriger Haft der weiteren Verfolgung, ging nach Kärnten und war dort im Widerstand tätig. Nach 1945 arbeitete sie als Lehrkraft an Mittelschulen (sie war promovierte Historikerin), engagierte sich beim *Bund demokratischer Lehrer* und war bis zuletzt Mitglied der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ. Sie verfasste nicht nur historischen Artikel und kleinere Abhandlungen (Die roten Studenten; Frauen im Widerstand; Wiener Straßenbahner im Widerstand 1934–45; Gregor Kersche), sondern sammelte auch unermüdlich einschlägige Materialien zur Geschichte des Widerstands, die zu verwerten ihr nicht mehr beschieden war. Ihr Sohn, Georg Tidl, hat sich nun eines Materials aus ihrem Nachlass angenommen, und zwar dem Tagebuch eines Funktionärs der Kärntner KPÖ, der noch vor 1938 ins Exil nach Norwegen ging.

Johann Laab (Jahrgang 1900), war als Bäcker, Schriftsetzer und Drucker tätig, als er sich in den frühen 1920er Jahren der Kärntner KPÖ anschloss. Schon kurze Zeit später wurde er mit der Herausgabe des *Kärntner Bolschewik* betraut, der Zeitung der KPÖ Kärnten, die auch nach dem Verbot der Partei im Mai 1933 regelmäßig in der Illegalität erschien. Auf einer in einem unterirdischen Bunker versteckten Tigeldruckpresse hergestellt, erreichte sie viele Menschen und klärte sie nicht nur über den Austrofaschismus auf, sondern rief auch zum Widerstand gegen den Faschismus auf. Die KPÖ war in der Illegalität eine beachtliche Kraft, der *Kärntner Bolschewik* hatte eine Auflage von weit über 1.000 Exemplaren.

Noch vor der Illegalisierung der KPÖ folgte Laab Gregor Kersche (er ging nach Wien, um an zentraler Stelle in der KPÖ

tätig zu werden; er wurde für die Politik unter den Bauern zuständig) als Obmann der KPÖ Kärnten, wurde 1935 verhaftet und saß mehr als ein Jahr im Gefängnis. Danach entschloss er sich, gemeinsam mit dem Genossen Raimund Huber nach Norwegen zu flüchten, wo beide dann aufgrund der Besetzung Norwegens durch die Nazi-Wehrmacht gezwungen waren, in den Untergrund zu gehen. Auch im besetzten Norwegen suchte die Gestapo Personen, die ihnen als Kommunisten bekannt waren und die sie in ihre Fahndungslisten aufgenommen hatten.

In September 1942, nachdem sich ihre Hoffnung zerschlagen hatte, durch eine rasche Kriegswende wieder in die Legalität zurückkehren zu können, entschlossen sie sich zur Flucht nach Schweden, wo Laab bis in die 1950er Jahre lebte und arbeitete. Nach seiner Rückkehr war Laab wieder für die KPÖ aktiv und starb 1972 in Klagenfurt. Raimund Huber blieb nicht solange und kehrte recht bald nach 1945 zu seiner Frau nach Donawitz zurück, wo er dann als Schlosser im Hüttenwerk arbeitete und als Betriebsratsobmann für die Rechte der Arbeiter eintrat. Er überlebte Laab um fünf Jahre.

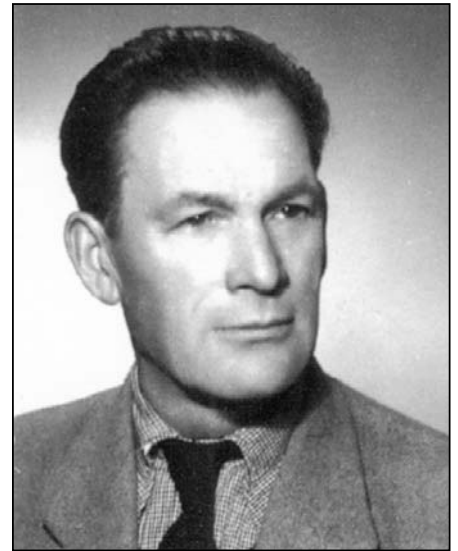
Das von Georg Tidl bearbeitete Tagebuch von Johann Laab beginnt Anfang April 1940 und endet mit dem Übertritt von Laab und Huber im September 1942 nach Schweden. Recht anschaulich werden hier die Lebensumstände beschrieben, wird der Überlebenskampf in der Illegalität und auch die Solidarität geschildert, die sie aus der Bevölkerung erhalten haben. Doch die Angst, von der Gestapo in Norwegen entdeckt und verhaftet zu werden ist allgegenwärtig.

Dazu folgende Leseprobe (S. 166–169):

*Zehn frisch geschlachtete Schafe hinter der Reihe nach in Jonas neu erbautem Pferdestall. Er nahm sein Messer zur Hand und begann von einem der größten Schafe einen Schenkel auszulösen. So geschickt und schnell, als wäre er ein gelernter Fleischer. Ich dachte mir zuerst, er wolle wohl mit seiner Fertigkeit prahlen, jedoch bevor ich richtig begriff, was geschah, überreichte er mir mit einem „Bitteschön!“ dieses große Stück Fleisch. Es war schwer, die richtigen Worte der Dankbarkeit zu finden.*

*So verging die Zeit rasch aber doch nicht ohne Spannung.*

*Hitler hatte in der Zwischenzeit seinen Raubkrieg bereits auf russisches Territorium ausgeweitet. Durch seinen für ihn typischen heuchlerischen Überfall gelang es ihm, unter Einsatz aller seiner Truppen die Front in wenigen Monaten*



Johann Laab (1900–1972)

*bis nach Leningrad, bis vor Moskau und teilweise über den Don hinaus vorzuschieben. Dieser scheinbar unaufhaltsame Vormarsch hatte die Okkupanten samt deren Quislinglakaien auch in Norwegen frecher gemacht und alsbald fühlte man sogar in Tyssebotn, wie sich die politische aber auch die ökonomische Lage langsam verschärfte. Man hörte von Massenverhaftungen, Hinrichtungen und unvorstellbaren Terrormethoden der Gestapo gegen das norwegische Volk, das sich vorsichtig zum Widerstand zu sammeln begann. Plötzlich wurden alle Radiobesitzer - mit Ausnahme der Quislinge - aufgefordert, ihre Apparate sofort den Behörden abzuliefern. Bei Nichtbefolgung dieser Anordnung wurden die schwersten Strafen angedroht. Das Radio abzugeben, wäre auch für uns ein schwerer Schlag gewesen. Dank der Findigkeit des Bauern Jonas wurden wir jedoch von der antifaschistischen Welt nicht abgeschnitten. Um die Gestapo vom Tyssebotn fernzuhalten, musste aber der Aufforderung Folge geleistet werden. Jonas hatte sich daher einen alten Kasten organisiert und diesen abgeliefert, während er seinen erstklassigen Apparat in dein unendlichen Steinlabyrinth seiner unmittelbaren Umgebung versteckte.*

*Da das Radiohören nun verboten war, hatte es noch mehr Anreiz als zuvor. Jonas, Magnus und wir beide waren die ständigen Besucher, die sich in kohl-schwarzer Nacht über gewaltige Steinblöcke und metertiefe Klüfte vorsichtig zum Versteck hintasteten. Besonders als es wieder Herbst wurde, mit seinen finsternen regnerischen Nächten, war es anfangs für uns unmöglich, allein diesen lebensgefährlichen Weg zu gehen. Licht durften wir nicht mehr machen, da wir befürchteten, dadurch würden die Nach-*

barn aufmerksam werden. Wenn dann die Nächte so finster waren, dass man den vorausgehenden Mann auf einen halben Meter Abstand nicht mehr sehen konnte, hielten wir Jonas oder Magnus bei den Hüften, um auf diese Art ihre Beinbewegungen wahrnehmen zu können. Es war faszinierend, wie sie selbst in der totalen Finsternis die unzähligen Steine und Steinblöcke eines Felssturzes ausmachen konnten und immer die richtigen Tritte fanden - wie ihre Schafe bei Tag.

Im Spätherbst, wenn Regen und Sturm zwischen den Klüften und Steinblöcken dahin rasten, kauerten wir zähneklappernd um den Radioapparat. Hier hörten wir auch von der ersten Niederlage der „unbesiegbaren Deutschen Armee“, die sie vor den Toren Moskaus hinnehmen musste. Dieser, von der ganzen demokratischen Welt so lang ersehnte Wendepunkt, löste in uns einen so unbeschreiblichen Jubel aus, dass wir diese Nachricht immer wieder und immer wieder hören wollten. Wenn wir mit angehaltenem Atem auf die Skala des Apparates stierten, konnten wir selbst die sich steigernden Schläge unserer Herzen hören und wussten nicht, ob das Zähneklappern vom rauen Wetter oder von unserer inneren freudigen Erregung kam. Wir hatten zeitweise das Gefühl, selbst mitten auf dem Schlachtfeld zu stehen und der pfeifende Sturm, die peitschenden Wassermassen waren der Granaten- und Kugelregen, der die Faschisten in panische Flucht versetzte. Mit dem Fortschreiten der späten Jahreszeit wurde der Weg zum illegalen Radio immer beschwerlicher, doch mit Freuden nahmen wir die damit verbundenen Komplikationen auf uns, da es am politischen Horizont lichter zu werden begann.

Hitlers Blitzkrieg gegen die Sowjetunion war misslungen. Aus Kremels Pforten trat kein Petain oder Quisling, der mit Hitlers Generälen verhandeln wollte oder sie willkommen hieß. Obwohl die Journaliste der ganzen antikommunistischen Welt noch wenige Monate vorher mit fanatischer „Leidenschaft“ das Bündnis zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern als ein aufrechtes von den Sowjets ehrliches Bündnis darstellen wollte, zeigte sich plötzlich, dass sich der Empfang der deutschen Truppen vor den Toren Moskaus, im Vergleich zu denen vor den übrigen europäischen Hauptstädten, die vor Hitler bereits kapituliert hatten, wesentlich unterschied. Keine abgetakelten Gutsbesitzer und auch keine in „Ungnade gefallenen Towarisch“ hielten vor den faschistischen Generälen eine Empfangsrede, sondern

das Sowjetvolk schickte seine besten Repräsentanten, die Moskauer Garde-divisionen, die den Faschisten einen wirklich ehrenvollen Empfang bereiteten.

Ohne Zweifel gab es auch Saboteure unter Hitlers Führungsclique, die seinen Truppen an Stelle des Winterrockes die Paradeuniform an die Moskauer Front schickten. Und auch die Schneider sabotierten offensichtlich Hitlers Kampf, da sie einfach vergessen hatten, die Winterröcke fertig zu machen. Unter solchen Umständen blieb den Nazis nichts anderes übrig, als an das „Gewissen der Welt“ zu appellieren, und sie an ihre Pflicht zu erinnern, der frierenden, „ruhmreichen“ Hitlerarmee aus der Scheiße zu helfen.

So wurde auch in Norwegen Raub an persönlichem Privateigentum zum Gesetz. Alle norwegischen Familien wurden verpflichtet, binnen vierundzwanzig Stunden eine Wolldecke abzuliefern: „Aber merk dir, rein und gut muss sie sein! Und komm ja nicht und sag, dass du keine übrig hast. Gesetze müssen befolgt werden, wer dieses zu umgehen sucht, wird bestraft!“

Plötzlich kam auch die „erschütternde Nachricht“, dass die Pferde der deutschen Armee, „die zusammen mit den deutschen Soldaten für die norwegische Freiheit kämpften“, hungern müssten. Was kümmert es Josef Terbovens und seine Quisling-Lakaien, dass Samuel nicht den einen Sack Heu aufbringen konnte, um seine eigenen Ziegen wenigstens einige Tage länger vor dem Verhungern zu bewahren. Quislings Minister hatten wohl auch noch nie gehört, dass sich Jonas Schafe und die tausender anderer norwegischer Bauern über den Winter fast ausschließlich nur von Birkenzweigen ernähren müssten, weil das von den Bauern geforderte Heu erst im nächsten Jahr wieder wachsen werde. Was kümmerten sich die Quislinge um solche Kleinigkeiten, wenn „die Front in Gefahr war“. Darum kurzen Prozess und wieder ein Gesetz: Der norwegische Bürger Samuel hatte zwei Kilogramm Heu ab zu liefern, ebenso der Bauer David, die „Großbauern“ Jonas und Rod jeweils zehn Kilogramm. Dass solche Listen nur von Menschen aufgestellt werden konnten, die die raue Wirklichkeit in den norwegischen Fjorden nicht kannten oder nicht kennen wollten, erzeugte kochenden Zorn.

Jonas wollte unter allen Umständen eine Laus aufreiben, um sie in die Decke zu setzen, bevor er sie abliefern musste. Er bot im Tausch für eine Laus sogar eines seiner Lämmer, aber leider besaß keiner in der Gegend eine Laus. Beim

Heu hatte er mehr Glück. Er fand total verschimmeltes, das er einmal nicht trocken genug unter das Dach gebracht hatte, so dass er wenigstens an dieser Lieferung seine Freude hatte.

**WILLI WEINERT**

**Anmerkung:** Josef Terboven war Reichskommissar für das besetzte Norwegen. Durch Selbstmord am 8. Mai 1945 nahm er jene Strafe vorweg, die ihn erwartet hätte. Er unterstützte die deutschfreundliche Regierung Vidkun Quisling und exekutierte die im Interesse der deutschen Kriegspolitik praktizierte Ausbeutung der norwegischen Rohstoffe.

Lisl Rizy/Willi Weinert: *Österreichs Remigration aus der Sowjetunion. Ein Beitrag zur Opferdiskussion.* Wien: Wiener Stern Verlag 2009, 216 S., 18,-  
Bezug: [wieners.sternverlag@chello.at](mailto:wieners.sternverlag@chello.at)

Dem sozialdemokratischen Milieu genehme, von ihm geförderte Historiker haben in den 1990er Jahren in aufwendigen Publikationen das antikommunistische Bild von den linken österreichischen „Stalin-Opfern“ geprägt.

In langjährig akribischen Quellenrecherchen haben Lisl Rizy und Willi Weinert nun 2009 ein historisch exaktes Bild der Remigration österreichischer Sozialisten, Kommunisten und Schutzbündler gezeichnet. Rizy und Weinert zeigen, dass nach 1989 bis hinein in die Kreise der KPÖ die schon im „Kalten Krieg“ der 1950er Jahre von rechten Zeitungsblättern forcierte, „totalitarismustheoretisch“ untermauerte Sicht von den kommunistischen Opfern in der Sowjetunion übernommen wurde. In den bürgerlichen Medien lassen sich dementsprechend seither zahlreiche KP-Funktionäre als „Vergangenheitsbewältiger“ feiern.

Zum Einstieg in das Buch sei den Leser/innen etwa der Abschnitt „Sie kamen aus der Sowjetunion und kämpften gegen die Nazis“ empfohlen, widerlegt er doch die zu schlichte zeithistorische These, alle Rückkehrer/innen seien von einem „tiefen Hass“ auf die Sowjetunion und die Oktoberrevolution geprägt gewesen.

Rizy und Weinert zeichnen an Hand sehr vieler Lebensläufe ein realistisches Bild der österreichischen (Re-)Emigration (aus der) in die Sowjetunion (Kampf, Hoffnung, antifaschistischer Heldenmut, individuelle Enttäuschungen und Einbrüche, politische Widersprüche etc.) jenseits bürgerlicher Vorurteile, die unter den „erneuerten Linken“ nur zu selbstverständlich kursieren.

**PETER GOLLER**



## Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Filmvorführung

### „Wilde Minze“

Ein Film von Jenny Gand und Lisa Rettl, mit Helga Emperger

Donnerstag,  
**22. April 2010, 19.00**  
**Café 7Stern**  
Siebensterngasse 31  
1070 Wien **7★STERN**

Mit einem Einführungs-  
vortrag von Dr. **Lisa Rettl**



„Wilde Minze“ erzählt die Geschichte einer Mutter-Tochterbeziehung über den Tod hinaus. Die Geschichte von starken, mutigen, kämpferischen Frauen. Von PartisanInnen und Deserteuren. Vom Überleben und Weiterleben. Von der Vergangenheit in der Gegenwart und den langlebigen Folgen des Nazi-Terrors.

Kärnten, 23. Dezember 1944: In Graz werden nach einem Urteil des berühmtesten Volksgerichtshofpräsidenten Roland Freisler acht Todesurteile vollstreckt. Unter den Ermordeten: die Villacher Kommunistin Maria Peskoller. Ihre Tochter, die damals knapp 16-jährige Helga Peskoller, entgeht einer Anklage und überlebt. Dazwischen liegen Gestapohaft von Mutter und Tochter und schließlich: Der letzte Abschied. Lebenslang. Für immer eingebrennt in Kopf und Herz, Fragen ohne Antworten, Bilder ohne Sprache, Heimsuchung der Erinnerung, bleibend nur der Schmerz. Vergangenheit sabotiert Gegenwart. „Niemand wieder“, aber immer wieder Weihnachten.

65 Jahre sind seither vergangen und die Jugendliche von damals ist 80 Jahre alt. Zu den Bildern eine Sprache gefunden, gelernt, das Leben zu lieben. Dem Schmerz zum Trotz. Den Nazis zum Trotz. Der Mutter zuliebe.

Mit der berührenden, 85-minütigen Dokumentarfilmerzählung Helga Empergers legen die Filmemacherin Jenny Gand und die Historikerin Lisa Rettl sowohl ein zeitgeschichtlich als auch aktuell politisch höchst relevantes Dokument vor.

### Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:  
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT  
Präsident: Dr. Walther Leeb  
Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer  
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:  
Peter Goller, Ulrike Jenni, Gerhard Oberkofler, Irma Schwager, Willi Weinert  
Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien  
Tel.: (+43-1) 982 10 86  
E-Mail: [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)  
[www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)  
Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S  
P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

### In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen, Vereine und Gesellschaften, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT interessiert sind, gesendet.

Aufgrund des erhöhten Umfangs der *Mitteilungen* sind die Druckkosten in den letzten Jahren gestiegen. Darüber hinaus sind wir alljährlich nicht nur mit einer weiteren Erhöhung der Posttarife, sondern mit einer insgesamt schwierigen finanziellen Situation konfrontiert, weshalb wir all jene bitten, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* interessiert sind und nicht Mitglied sind, als Beitrag zu den Druckkosten und zum Versand unseres Periodikums ein Jahresabonnement zum Preis von 4,4– Euro (vier Ausgaben) bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen.

Bitte überweisen Sie diese Summe auf das Konto der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT (PSK 92023930, BLZ 60.000) bzw. senden Sie uns eine Mail ([klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)) mit dem Subject „Abonnement“. Wir lassen Ihnen in diesem Fall umgehend einen Erlagschein zukommen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Interesse an unserem Periodikum!



## Alfred Klahr Gesellschaft

[www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)

Bildungsverein der KPÖ Steiermark  
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



### Symposium

## Tribüne oder Politikfeld?

ArbeiterInnenbewegung und Parlamente –  
Am Beispiel der KPÖ

Mit Referaten von Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann, Claudia Klimt-Weithaler, Prof. Dr. Peter Porsch, Hendrijk Guzzoni und Leopold Pacher

Round-Table-Gespräch: Hendrijk Guzzoni, Elke Kahr, Dr. Werner Murgg,

Prof. Dr. Peter Porsch, Moderation: Dr. Lutz Holzinger

Schlusswort: Ernest Kaltenegger

**Samstag, 19. Juni 2010, 10.00 bis ca. 17.30**

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz